

Er scheint täglich außer Montags, Preis vierteljährlich 1,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-Nummer mit 1 Mark. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark 50 Pf. Einzelne Exemplare in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1892 unter Nr. 4022.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage über deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Sprech-Anschlag Amt 1. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neust-Strasse 2.

Freitag, den 16. September 1892.

Expedition: SW. 19, Neust-Strasse 3.

Reaktionäre Täuschungen.

Es ist eine bekannte, in den Bereich der Physiologie und Psychologie gehörige Tatsache, daß bei abnehmender Körper- und Geisteskraft sich der Phantasie Vorstellungen von außerordentlich gesteigerter Kraft bemächtigen, so daß die glänzende Einbildung gewissermaßen Ersatz für die traurige Wirklichkeit bietet. Der Wahn riesigster Leistungsfähigkeit ist, wie Jedermann weiß, fast regelmäßig mit Impotenz verbunden.

Was in dieser Beziehung von dem Einzelmenschen gilt, das gilt auch von den Parteien. Die nationalliberale Partei, welche nur das Heupferd auf dem dahinfahrenden Staatswagen ist, glaubt, daß sie denselben voranbringe und nicht bloß staats-erhaltende sondern auch staatsbewegende Partei sei. Und die konservative Partei, die nicht einmal im Stand ist zu sagen was sie will und ein Programm zu verfassen, thut so als sei sie die Herrin der Welt und als habe sie nicht bloß die Gegenwart, sondern auch die Zukunft in der Tasche. Sie allein kann die soziale Frage lösen, sie allein kann den Staat und die Gesellschaft vor dem Untergang retten, sie allein hat die wahre Sittlichkeit; in ihr ist alles Gute verkörpert.

Und während es ringsum unheimlich knistert in dem Gefüge des Absolutismus, welcher das politische Ideal der konservativen Partei ist; während das Jarenthum, dieser Absolutismus in höchster Potenz, vor den Augen der gebildeten Welt seine Unfähigkeit, die einfachsten Pflichten und Aufgaben der Kultur zu erfüllen, mit erschrecklicher Deutlichkeit kund thut, und durch seine Thaten und Unthaten den Bankrott des persönlichen Regiments ausspricht und vollzieht; während auch sonst überall das persönliche Regiment kracht und verkracht, träumt die konservative Partei von dem „Schiffbruch der Demokratie in Amerika“ und giebt sich der Hoffnung hin, daß drüben in der neuen Welt aus der „politischen und sozialen Revolution“, zu welcher die Demokratie mit Nothwendigkeit hinbränge, das konservative Regiment — natürlich monarchisch, persönlich, und selbstherrlich — erstehen werde.

Das sind nicht Phantasien, die sich bloß innerhalb der Mauern eines Irrenhauses Luft gemacht haben, nein, wir finden sie in einem der Hauptorgane des Konservatismus, dem „Reichsboten“.

In seiner Nr. 206, an der Spitze des Blattes, da steht es mit fetter Schrift über dem Leitartikel: „Der Schiffbruch der Demokratie in Amerika.“ Der Artikel beschäftigt sich mit den blutigen Klassenkämpfen der letzten Monate, mit den Pinxten, mit dem heuchlerischen Phrasenschwall des Erzschelms Carnegie, der unter dem Titel: „Triumph der Demokratie — die triumphirende Demokratie“ — das tollste Mandartherthum, verbrämt mit obligater Menschen- und Arbeiterfreundlichkeit, vom Stapel gelassen hat. Die „triumphirende Demokratie“ des Herrn Carnegie hat in den Arbeitermeleichen von Homestead ihre praktische Erläuterung und grundsätzliche Widerlegung gefunden. Was

hat aber die „triumphirende Demokratie“ des Herrn Carnegie mit dem Prinzip der Demokratie zu thun? Ist es demokratisch, das heißt dem Prinzip der Gleichheit und Freiheit entsprechend, daß der Fabrikant die Arbeiter als Ausbeutungsbjekt betrachtet und sie durch gemietete Mordbuben zusammenschleichen läßt, wenn sie sich gegen die Ausbeutung auflehnen? Ist es demokratisch, wenn Arbeitern, die das Koalitionsrecht, und damit ihr gutes verfassungsmäßiges Recht ausüben, de s h a l b die bewaffnete Miliz des Landes auf den Hals geschickt wird, um ihnen blaue Bohnen in den Leib zu jagen? Ist es demokratisch, daß eine Klasse der Bevölkerung außer dem Gesetz erklärt und unter das Staudrecht einer anderen Klasse gestellt wird? Ist es demokratisch, daß ehrliche Arbeiter, die sich und ihre Familien durch ehrliche Arbeit ehrlich ernähren wollen, durch Sträflinge, die man zu diesem Zwecke für eine geringe Tagesmiete aus den Zuchthäusern abläßt, aus ihren Stellungen verdrängt und dem Hungertode preisgegeben werden?

Nein, das ist nicht demokratisch, das ist das Gegentheil von demokratisch, es schlägt allen Grundfahnen der Demokratie ins Gesicht. Der „Reichsbote“ verwechselt in seiner bodenlosen Unwissenheit Demokratie mit Kapitalismus. Beide haben aber nichts mit einander gemein, wie schon aus der einfachen Tatsache erhellt, daß der Kapitalismus unter absolutistischem und undemokratischem Regiment ebenso äppig rouchert und blüht, wie unter der Herrschaft der Demokratie. Wir dächten, in Deutschland, das, doch gewiß eine konservative Regierung hat, wenn sie auch nicht ganz nach dem Herzen des „Reichsboten“ ist, hätte der Kapitalismus Blüten und Früchte gezeitigt, die den giftigsten und übelriechendsten des amerikanischen Kapitalismus vollkommen ebenbürtig sind, wenn auch nicht in so großem Maßstab. Doch das liegt in unseren kleineren Verhältnissen. Die Eisen- und Kohlenmagnaten von Rheinland und Westfalen geben an Profitwuth und Brutalität den Herrn Carnegie und Konsorten sicherlich nichts nach; und daß König Stumm mit derselben Wollust auf „seiner“ widerspenstigen Arbeiter schießen lassen würde, wie seine Kollegen in Pennsylvania, New-York und Tennessee, das wird kein vernünftiger Mensch bezweifeln.

Der Kapitalismus verleugnet nirgends seine Raubthiernatur. Und wenn der „Reichsbote“ das Deutsche Reich nicht als Musterstaat anerkennen will, so wird er doch, von seinem Standpunkte aus, gegen Rußland Nichts einwenden können. Und wie steht es in Rußland? Dort sticht der Kapitalismus nicht einmal die schlechten Schienen — er verkauft sie ungeschickt; er haut bei Lieferungen den Staat so unverschämt über das Ohr, daß die Soldaten im Krieg Hungers sterben und die Bauern in den Nothstandsbezirken Straßenschmuz und Häckel zu essen haben statt Brot. Und was die „Behandlung“ der Arbeiter angeht, so ist „Väterchen“ allerdings noch nicht in der Lage gewesen, seine geliebten Arbeiter massenweise über den Haufen schießen zu

lassen. Dafür sperrt er sein fürsorglich jeden Unterthan ein, der Rechte für die Arbeiter fordert und die Arbeiter lehrt, daß sie Menschen sind — und er sperrt sie nicht bloß ein, sondern „verschickt“ sie nach Sibirien, wo sie entweder lebendig begraben sind und lebendig verkauft oder, um der Qual zu entgehen, sich eine Kugel in den Kopf schießen oder den Schädel an den Gefängnismauern einrennen.

Da ist es in den Vereinigten Staaten denn doch etwas besser für die Arbeiter — trotz Carnegie und Genossen, Gewiß, er ist „wild“, riesengroß und ungezügelt, der amerikanische Kapitalismus; aber die Demokratie, die ihn so gewaltig empormachsen ließ, hat auch den Ausbeuteten, den Opfern Kräfte und Waffen verliehen, vermittelt deren sie, sobald sie sich ihrer Macht bewußt geworden, den Kapitalismus zerschmettern und dem Kultus des Goldenen Kalbs ein Ende bereiten werden.

Was der „Reichsbote“ erhofft, das verräth das Glat aus Macaulay, das er seinen gläubigen Lesern vorsetzt. Dieser Geschichtsschreiber, der zu Gunsten der Whigs die englische Geschichte ebenso gefälscht hat, wie Thiers die französische zu Gunsten der Napoleon-Mythe und Treitschke die deutsche zu Gunsten der Hohenzollern-Legende — verstieg sich im Jahr 1857 zu folgender Prophezeiung „an die Amerikaner“:

„Der Tag wird kommen, da ein Cäsar oder ein Napoleon die Zügel der Regierung in seine mächtige Hand nehmen wird, da eure Republik ebenso schrecklich geplündert und verheert werden wird im 20. Jahrhundert, als es das römische Reich durch die Barbaren des 5. Jahrhunderts wurde, mit dem Unterschied, daß die Verwüster des römischen Reiches, die Hunnen und Vandalen, von außen kamen, während die Barbaren von heute und morgen die Kinder eures eigenen Landes und das Werk eurer Einrichtungen sein werden.“

Einer, der sich Napoleon nannte, glaubte an die Prophezeiung. Als Anfang der sechziger Jahre die große Rebellion der Sklavenhalter ausbrach, glaubte er, der Moment sei da, einen Cäsarenthron drüben in der neuen Welt aufzurichten. Er rüstete 1862 die mexikanische Expedition aus, und ein Fürst aus dem Hause der Habsburger war von der amerikanischen Kaiseridee so ergriffen, daß er sich dazu hergab, für Mexiko, das nur die Vorstufe und der Vorhof für ein größeres Cäsarenreich sein sollte, die Kaiserkrone anzunehmen. Vor 25 Jahren, am 19. Juni 1867 wurde der Kaiser von Mexiko, der Erzherzog aus dem Stamme der Habsburger, als Räuber, Mörder und Hochverräther in den Kaufgräben von Queretaro erschossen; — das war der Schluß des amerikanischen Kaisertraums. Und der Cäsar, der dem armen Maximilian, den besten und geistvollsten der Habsburger entwandt hatte, Napoleon der Dritte, zwei Jahrzehnte lang der Abgott der internationalen Bourgeoisie, hat drei Jahre später in Sedan Ehre und Thron verloren; die Republik Frankreich feierte vor 8 Tagen ihren zwanzigsten Geburtstag und sie erstarkt mehr und mehr

Feuilleton.

Redaktion verboten.

123

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Mit solcher Bestimmtheit sagte ich wohl damals die Ereignisse noch nicht in diesem Lichte auf. Nur momentan erwachten mir bei diesem Zweifel, und dann gab ich mir Mühe, dieselben zu verschweigen. Ich versuchte, mir einzureden, daß das geheimnißvolle Ding „Staatsraison“ genannt, ein über alle Privat- und namentlich über meine kleine Vernunft erhabenes, das Leben der Staaten bedingendes Prinzip sei, und eifrig studierte ich in der Geschichte Schleswig-Holsteins nach, um einen Begriff von dem „historischen Recht“ zu erlangen, zu dessen Wahrung der gegenwärtige Prozeß geführt ward.

Da fand ich denn, daß der fragliche Landstrich schon im Jahre 1027 an Dänemark abgetreten worden war. Also haben eigentlich die Dänen recht; sie sind die legitimen Könige des Landes...

Nun aber, zweihundert Jahre später, wird das Land einer jüngeren Linie des Königshauses zugetheilt und gilt nur noch als ein dänisches Fahnengebilde. 1825 wird Schleswig dem Grafen Gerhard von Holstein überlassen und die „Waldemars Konstitution“ verbrieft, daß „es nie wieder mit Dänemark so verbunden werden soll, daß ein Herr sei“. Also, dann ist das Recht doch auf Seite der Verbündeten: wir

kämpfen für die „Waldemarsche Konstitution“. Das ist wohl in der Ordnung, denn wozu wären denn verbriefteste Zusicherungen, wenn man sie nicht aufrecht erhielt?

Im Jahre 1448 wird die Waldemarsche Konstitution nochmals durch König Christian I. bestätigt. Also kein Zweifel: nie soll und darf wieder „Ein Herr sein“. Was wollte da der Protokoll-Prinz?

Zwölf Jahre später stirbt der Herrscher von Schleswig kinderlos und die Landstände versammeln sich zu Ripen (gut, daß man immer so genau weiß, wozu und wo sich die Landstände versammelten: es war also 1460 zu Ripen) und proklamiren den dänischen König zum Herzog von Schleswig, wogegen er ihnen verspricht, daß die Lande „ewig zusammenbleiben sollen — ungetheilt“. Das macht mich wieder ein wenig konfus. Der einzige Anhaltspunkt ist noch das „ewig zusammenbleiben“.

Aber die Verwirrung nimmt im weiteren Verlauf dieses historischen Studiums forwährend zu, denn jetzt beginnt, trotz der Formel: „ewig ungetheilt“ (das Wort „ewig“ spielt in politischen Verträgen überhaupt eine niedliche Rolle) ein ewiges Spalten und Theilen des Besitzes zwischen den Söhnen des Königs und Wiedervereinen unter einem nächsten König und Gründen neuer Linien — Holstein-Gottorp und Schleswig-Sonderburg — welche sich unter gegenseitigen Verschiebungen und Abtretungen der Antheile abermals spalteten in die Linien Sonderburg-Augustenburg, Ved. Glücksburg, Sonderburg, Glücksburg, Holstein-Glücksstadt — kurz, ich kenne mich gar nicht mehr aus.

Aber nur weiter. Vielleicht begründet sich das historische Recht, um welches heute unsere Landesöhne bluten müssen, erst später.

Christian IV. mischt sich in den dreißigjährigen Krieg,

und die Kaiserlichen und Schweden fallen in die Herzogthümer ein. Jetzt wird wieder (zu Kopenhagen 1658) ein Vertrag gemacht, worin dem Hause Holstein-Gottorp die Oberherrschaft über den schleswighischen Antheil zugesichert wird, und da ist es endlich mit der dänischen Lehnshoheit vorbei.

Auf ewig vorbei. Gott sei Dank. Jetzt finde ich mich doch wieder zurecht.

Was geschieht aber durch Patent vom 22. August 1721? Einfach dies: der gottorpsche Antheil von Schleswig wird der dänischen Monarchie einverleibt. Und am 1. Juni 1773 wird auch Holstein dem dänischen Königshause überlassen — das Ganze gilt nun als dänische Provinz.

Das ändert die Sache: ich sehe schon — die Dänen sind im Recht.

Aber doch nicht so ganz. Denn der Wiener Kongreß von 1815 erklärt Holstein für einen Theil des deutschen Bundes. Dies aber wurtet die Dänen. Sie erfinden das Schlagwort: „Dänemark bis zur Eider“ und streben nach der totalen Besitznahme des von ihnen „Südbütland“ genannten Schleswig. Hier hingegen wird das „Erbrecht des Augustenburger“ als Lösung gebraucht und zu deutsch-nationalen Kundgebungen benutzt. Im Jahre 1846 schreibt der König Christian einen offenen Brief, worin er die Integrität des Gesamtstaates als Ziel hinsetzt, wogegen Lande protestiren. Zwei Jahre später wird vom Throne aus die völlige Vereinigung nicht mehr als Ziel, sondern als fait accompli verkündet, worauf in den „deutschen Landen“ der Aufruhr ausbricht. Jetzt geht das Hausen los. Bald siegen die Dänen in diesem Gefecht, bald die Schleswig-Holsteiner in einem anderen. Dann mischt sich der deutsche Bund hinein. Die Preußen „nehmen“ die Duppeler Höhen; aber das macht dem Streit kein Ende.

durch die sieghaft vordringende Demokratie und den Sozialismus; und der Vermessene, der heute in den Vereinigten Staaten die Prophezeiung Macaulay's und den Wunsch des „Reichsboten“ verwirklichen wollte, er würde es nicht einmal zu einem Blutergießen, höchstens zu ein paar Mordthaten bringen, und am Galgen sterben — oder im Irrenhaus.

Die amerikanische Republik wird sich von den Carnegie's und übrigen Millionärdieben befreien. Der Kapitalismus gräbt sich selbst das Grab in der neuen, wie in der alten Welt. Der politische Absolutismus, das persönliche Regiment ist auf dem Aussterbe-Etat. Ja, es wirtschaftet so rasch ab, taumelt so rath- und planlos hin und her, daß Tausend gegen Eins zu wetten ist: das System des persönlichen Regiments wird von seinen jetzigen Trägern überlebt werden.

Die Zukunft gehört der Demokratie und dem Sozialismus.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. September.

Holzmann. Der junge Russe, der seit dem 10. d. M. im Berliner Polizeigewahrsam gefesselt hat, mit der tröstlichen Aussicht, an die russischen Behörden übergeben zu werden, weil er der Magdeburger Polizei „lästig“ gefallen ist am 15. September Nachmittags auf freien Fuß gesetzt worden. Der unerwünschten Thätigkeit der Schwester des Sibiriers ist es zunächst zu verdanken, daß der „Fall Holzmann“ nicht im Dunkel der Polizei-Akten blieb, sondern daß sich die höchsten und höchsten Instanzen mit ihm beschäftigen mußten. Dadurch wurde zunächst erreicht, daß die irrtümliche Angabe untergeordneter Polizeibeamten, Holzmann werde auf Verlangen Auslands ausgeliefert, durch eine Erklärung des Reichskanzlers Grafen von Caprivi richtig gestellt wurde, wonach ein Auslieferungsgesuch Russlands nicht vorliegt. Weiter aber wurde durch die Initiative der Schwester des Sibiriers erreicht, daß von zuständiger Stelle von hier aus die Magdeburger Behörden nach den Ursachen befragt wurden, welche Holzmann „lästig“ gemacht hatten, und als Folge der hierauf erfolgten Auskunft darf es wohl betrachtet werden, daß der junge Mann heute nicht nur auf freien Fuß gesetzt, sondern daß ihm auch unbeschränkte Aufenthalt's-Freiheit in Preußen zugesprochen worden ist.

Dieser Ausgang zeigt besser als alles Andere, wie richtig unsere Angabe war, daß Holzmann nur seinen Studien in Magdeburg lebte, daß er weder früher in Russland, noch jetzt, während seines Aufenthaltes in Deutschland, sich am politischen Leben betheiligte hat, von sozialdemokratischen oder nihilistischen „Umtrieben“ ganz zu schweigen.

Jetzt, nachdem dies durch die Freilassung und Aufenthaltsgewährung Holzmann's vor aller Welt klar gestellt ist, bleibt nur noch die Frage zu beantworten: Wie kam die Magdeburger Regierung überhaupt dazu, den vollständig unbescholtenen Holzmann auszuweisen, und wie kam sie vor Allem dazu, zu veranlassen, daß der Ausgewiesene an die russische Behörde geliefert werden sollte?

Eine klare, offene Antwort auf diese Frage liegt nicht nur im Interesse aller in Deutschland lebenden Ausländer, die ja in der Gefahr schweben, wenn das Magdeburger Verfahren Nachahmung finden sollte, heute oder morgen à la Holzmann behandelt zu werden. Diese klare Antwort erfordert auch die Ehre der deutschen Nation und ihre Stellung unter den Kulturvölkern. Vor Allem aber muß im Interesse der im Ausland lebenden Deutschen öffentlich dargelegt werden, daß bei uns in Deutschland auch der Ausländer nicht vogelfrei ist, selbst dann nicht, wenn zufällig seine Schwester die Frau eines bekannten Sozialdemokraten.

Daß die höchsten Instanzen in diesem Falle der Gerechtigkeit zum Siege verholfen haben, genügt nicht; nicht immer gelingt

es, bis zu ihnen zu gelangen, ehe das Unrecht verwirklicht ist. Der Fall ist geeignet, wie nur einer, den Thatendrang untergeordneter Behörden auf das für sie zuständige Gebiet zu verweisen, und deshalb verlangen wir offene Darlegung der Gründe, welche die Magdeburger Regierung zu ihrem Vorgehen bewegen hat, und ebenso Kenntniß der Entscheidungsgründe, welche zur Aufhebung der Ausweisung durch die oberste Instanz führten. —

Militärtechnisches. Die „Schweizerische Militärzeitung“ (Nr. 92 und 93) spricht von dem bekannten Waffentechniker Professor Hebler in Ruzhacht am Bierwaldstättersee, Erfinder des kleinsten Kalibers, des Stahlmantel-Geschosses u. s. w., nach welchem die gesammte Leistungsfähigkeit der jetzigen Kleinkaliberbewaffnung bis auf das Dreifache gesteigert werden kann, ohne weitere Kaliberveränderung und ohne Aenderung am Gewehr und an der Patrone. Diese neueste Erfindung des Herrn Professors Hebler soll einfach in einer ganz neuen, möglichst günstigen Konstruktion des Geschosses bestehen, durch welche der Luftwiderstand bedeutend vermindert wird. Ferner habe Herr Hebler dargelegt, daß für den Fall einer noch weiteren Kaliberveränderung, z. B. auf 5 Millimeter, die Geschwindigkeit der Geschosse bis auf das Achtefache der jetzigen Kleinkaliberbewaffnung gesteigert werden könne. — Da die „Kultur“-Staaten sich in dem Wettbewerb auf dem Gebiete der Waffentechnik überbieten müssen, sind wir gespannt, zu erfahren, wie hoch der Posten im deutschen Militärbudget, der für diese neueste Erfindung in Vorschlag geracht werden wird. —

Die Brausteuern in Bayern. Treffend schreibt das „Bayerische Vaterland“ (Nr. 209 vom 15. September: „In den Münchener Neuesten Nachrichten“ äußerte sich ein Besichtigungs-Gesandter bezüglich der drohenden Biersteuerveränderung. Die Vermuthung, daß auch Norddeutschland den bayerischen Modus des Malzaufschlages einführen werde, sei „hinfallig“. In hiesigen amtlichen Kreisen sei von einer Absicht der Reichsregierung, eine Aenderung der Bierbesteuerung herbeizuführen, „nichts bekannt“. — Die hiesigen „amtlichen Kreise“ scheinen aber die Absichten der Reichsregierung sehr schwach zu kennen. Denn die „Nordb. Allg.“ druckt den Artikel der „Schles. Jtg.“ über die in Aussicht stehende Erhöhung der indirekten Reichsteuern ohne Kommentar ab und hebt die Bemerkung der Zeitung hervor, daß bei der Reform partikularistische Bedenken auszuweichen müßten. Es ist also doch eine Vereinigung der Steuergebiete zu erwarten. Der bayerische Landtag wird unter einigen „Wenn und Aber“ ja und Amen dazu sagen, und es wird so kommen, wie immer, wenn es auf den bayerischen Landtag und seine Widerstandskraft ankommt: er seufzt, macht ein Gesicht und fällt um!“ —

Rheinländische Steuerkämpfer. Die Oberbürgermeister der größeren Städte des Rheinlandes hatten an Herrn Miquel eine Eingabe gerichtet, worin sie mit Eifer gegen eine Vermögenssteuer Einspruch erhoben, dagegen das indirekte Steuerwesen der Gemeinden der liebevollen Pflege des Finanzministers empfahlen. In der Rheinprovinz, wo der nationalliberale Klüngel durchgängig seine Leute in die Bürgermeistereien entsendet, hat unter anderem der Bochumer Steuerhinterziehungs-Prozess die Anlust der Großbürger, ihre staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen, schlagend nachgewiesen. Es ist kein Wunder, wenn die Beauftragten des liberalen Unternehmertums im Interesse ihrer Auftraggeber sich gegen jede Steuer zur Wehr setzen, durch die das Kapital auch nur ein Weniges angefaßt wird. Wozu ist da die misera contributio probo, der elende steuerzahlende Pöbel, dem alle Lasten aufgeschleppt werden können? So fordern sie, daß die gemeindlichen Zuschläge zur Staats- Einkommensteuer den Maximalatz von rund 100 Prozent nicht überschreiten sollen. Der Mehrbedarf an Kommunalsteuern möge, so helfen die Notabeln des Rheinlandes, unter Aenderung der Reichsgesetzgebung, durch eine Gemeindesteuer auf Bier, Wein, Branntwein, ferner durch eine Schlichtsteuer, durch eine städtische Schanksteuer, durch Einführung von Gebühren u. s. w. gedeckt werden. Herr Miquel hat den

werden. Warum? Sind denn Protokolle über Dinge, die einen absolut nichts angehen, gar so respektabel, daß man sie mit dem Blut der eigenen Söhne vertheiligen muß? Da steht wohl wieder irgend eine verborgene „Staatsraison“ dahinter. . . . Als Dogma muß man festhalten: Was die Herren am Kärntner Diplomatentisch entscheiden, das ist die höchste Weisheit und bezweckt die größtmögliche Förderung der vaterländischen Machtstellung. Das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 mußte aufrecht erhalten, aber das Kopenhagener Grundgesetz vom 18. Januar 1863 mußte aufgehoben werden, und zwar binnen vierundzwanzig Stunden. Daran hing Oesterreichs Ehre und Wohl. Das Dogma war ein bißchen schwerer zu glauben; aber in politischen Dingen, beinahe noch williger als in religiösen, läßt sich die Masse von dem Prinzip des quia absurdum lenken; auf das Verstehen und Begreifen wird von vornherein verzichtet. Ist das Schwert einmal gezogen, dann bedarf es nichts mehr, als des Rufes „Hurrah“ und des heißen Siegesdranges. Dazu ruft man nur noch den Segen des Himmels auf den Kampf herab. Denn soviel ist gewiß: dem lieben Gott muß daran gelegen sein, daß das Protokoll vom 8. Mai eingehalten und das Gesetz vom 18. Januar zurückgenommen werde; er muß es so lenken, daß genau so viele Menschen verbluten und Dörfer verbrennen, als es erforderlich ist, damit die Linie von Glückstadt oder die von Augustenburg über ein gewisses Stück Erde regiere. . . . O du thörichte, grausame, gedankenlose, gänzelbandgeführte Welt! Das war das Ergebnis meiner Geschichtsstudien.

Vom Kriegsschauplatz her kamen gute Nachrichten. Die Verbündeten siegten Schlag auf Schlag. Nach den ersten Gefechten schon mußten die Dänen das ganze Danewerk räumen; Schleswig und Jütland bis Limfjord wurde von den Unseren besetzt, und der Feind behauptete sich nur noch in den Düppeler Schanzen und auf Alsen.

Das wußte ich alles so genau, weil auf den Tischen wieder die steinadelbespierten Landkarten aufgaben, auf welchen die Bewegungen und Stellungen der Truppen, je nach den einlaufenden Berichten, markirt wurden.

Finanzpolitikern der Rheinprovinz eine ausführliche Antwort gegeben, welche, was die kommunale Bier-, Wein-, Schlachtvieh- u. s. w. Steuer anlangt, lähl- abwinkt, ferner die Reichssteuerpolitik diese Steuerquellen zu Gunsten des Militärbudgets selbst noch mehr als bisher auszubehnten beabsichtigt, für die Vermögenssteuer entschieden eintritt und im Uebrigen die Herren auf den künftigen Kommunalsteuer-Gesetzentwurf vertröstet, der ihnen, besonders Wünschen und Anträgen für die Gemeindeverwaltungen im Wesentlichen entsprechen wird.“ Es heißt in der Miquel'schen Zuschrift u. a.: „Solange und soweit die von Ihnen gewünschte ausgiebigere Entwicklung der Verbrauchs- abgaben auf Getränke durch reichsgesetzliche Bestimmungen gehemmt ist, wird die preussische Gesetzgebung sich wesentlich darauf angewiesen sehen, das Steuersoll der Gemeinden insbesondere durch eine bessere und freiere Ausgestaltung der Gebühren (ob sie nun für die Benutzung städtischer Veranlagungen — Anbau, Straßen, Kanäle, Wasserleitungen, Schlachthöfe u. s. w. oder für im Interesse Einzelner vorgunehmende Verwaltungshakte erhoben werden) zu vermindern und die Tragung der Gemeindefasten durch die Ueberlassung der Realsteuern, die freiere Bewegung der Kommunalverbände in Betreff der Ausgestaltung ihrer Abgaben und durch eine richtigere Verteilung derselben zu erleichtern. Es soll insbesondere den Gemeinden gestattet werden, besondere, ihren Verhältnissen entsprechende Gemeindesteuern neben oder statt der vom Staate auch in Zukunft weiter für die Gemeinden zu veranlagenden Realsteuern einzuführen, auch die staatliche Verbrauchssteuer anderweitig für die Gemeindebesteuerung umzugestalten. Das Gesetz wird übrigens den Gemeinden aus polizeilichen Gründen, falls eine solche Umgestaltung nicht stattfindet, die Forterhebung der staatlichen Verbrauchssteuer vorschreiben. Ein Miquel hat dem andern kein Auge aus.“ —

Der Polizeistaat wächst selbst der „Kreuz-Zeitung“ über den Kopf. In einem Zeitartikel: Die Anklagepflicht des Staatsanwalts und das Polizei-Unrecht (Nr. 431 vom 15. September) meint sie, daß die polizeilichen Strafandrohungen der Art und Zahl nach eine derartige Ausdehnung gewinnen, daß auch der intelligente Bürger auf seinem Lebenswege seine Straffälligkeit nicht überall vermeiden kann.“ Bei der bestehenden gesetzlichen Anklagepflicht der Staatsanwälte sei zu befürchten, daß schließlich ein polizeilich unbestrafter Staatsbürger eine zur öffentlichen Anstellung geeignete Seltenheit werden wird.“ Man sollte nun glauben, die „Kreuz-Zeitung“ käme zu dem Schluß, daß man die Polizeimacht etwas beschneiden müsse. Aber weit gefehlt — sie will im Gegentheil noch die Polizeimacht erhöhen, indem sie die gleichmäßige Anwendung der Polizeigewalt befiehlt. Es sollen durch den Ober-Staatsanwalt die Fälle gesichtet werden, in denen im öffentlichen Interesse“ Anklage zu erheben oder zu unterlassen sei. Sie regt nur den Gedanken an, der auch auf andere Weise zu verwirklichen sei, aber — etwas muß geschehen, wollen wir schließlich nicht alle auf der Anklagebank liegen.“ Die „Kreuz-Zeitung“ scheut sich noch, ihren eigenen Gedanken nach auszudrücken. Derselbe geht dahin: Polizeiregiment und Polizeimilitär müssen sein und zwar möglichst straff gegen das „gemeine“ Volk, aber — die Polizei hat Halt zu machen vor dem Junker, dem Rittergutsbesitzer, dem Lieutenant a. D. —

Die „Ehrenreiter“ des Seelenverkäufers Schiff. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß, wie wir aus Eißleth erfahren, der eigene Schwager Schiff's — er hat eine Schwester Schiff's zur Frau — ein katolischer Arzt, Dr. Frese in Eißleth, die famose Erklärung nicht unterzeichnet hat. Der Reichsbote, der vor einiger Zeit die Behauptung aufgestellt hatte, Schiff sei Jude, hat diesmal eine feine Nase gehabt, eine feinere, als sein Gesinnungsgenosse Paasch. Der Mann des „Leider“ ist, diese Lompe sei dem Balfish zum Spielen hingeworfen, in der That Jude. Seine Freunde, Ex-christen und Uarier haben dem Geldjuden, dem Mikropolitikern mit Begeisterung sekundirt. — Die „Kölnische Volkszeitung“ (Nummer 309 vom 14. d. Mts.) schreibt:

Die „Ehrenklärung“, welche die Schiff'scheher und Böger von Eißleth zu Gunsten des vielgenannten Schiff'scheher

„Wenn wir jetzt auch noch die Düppeler Schanzen nehmen, oder wenn wir gar Alsen erobern,“ sagten die Dmüther Bürger (denn Niemand spricht so gern von den kriegerischen Thaten per „wir“ als diejenigen, welche niemals dabei waren), „dann sind wir fertig. . . Jetzt zeigen doch wieder unsere Oesterreicher, was sie können. Auch die braven Preußen schlagen sich prächtig — die beiden miteinander sind natürlich unüberwindlich. Das Ende wird sein, daß ganz Danemark erobert und dem deutschen Bunde zugetheilt wird — ein glorreicher, glückbringender Krieg!“

Auch ich wünschte jetzt nichts sehnlicher, als die Erstürmung von Düppel — je früher, je lieber — denn diese Aktion würde doch entscheidend sein und der Schlagerci ein Ende machen. Ooffentlich ein Ende machen, ehe Friedrich's Regiment Marschbefehl erhielt.

O dieses Damoklesschwert. . . Jeden Tag beim Erwachen fürchtete ich mich, daß die Nachricht gebracht werde: „Wir marschiren ab!“ Friedrich war gefaßt darauf. Er wünschte es nicht, aber er sah es kommen.

„Gewöhne Dich an den Gedanken, Kind,“ sagt er mir. „Bogen die unerbittliche Nothwendigkeit hilft kein Straußen. Ich glaube nicht, selbst wenn Düppel fällt, daß der Krieg darum zu Ende sein wird. Die ausgesandte Doppelarmee ist viel zu klein, um den Dänen eine Entscheidung aufzuzwingen; wir werden noch bedeutenden Nachschub schicken müssen — und da wird auch mein Regiment nicht verschont bleiben.“

Schon dauerte dieser Feldzug über zwei Monate, und noch kein Resultat. Wenn sich die graue Partie doch in einem Kampfe entscheiden wollte, wie bei dem Duell. Aber nein: ist eine Schlacht verloren, so wird eine zweite geliefert; muß eine Position aufgegeben werden, so wird eine andere behauptet, und so fort bis zur Vernichtung des einen oder des anderen Heeres, oder zur Erschöpfung beider. . .

Am 14. April endlich wurden die Düppeler Schanzen erstürmt.

(Fortsetzung folgt)

Schiff veröffentlicht haben, hat wohl kaum irgendwo den besten Eindruck, den das „Leider“ in dem bekannten Briefe Schiff's hervorgerufen hat, vermischt, höchstens hat sie die Annahme erweckt, daß man dort die Denkwürdigkeit Schiff's recht nachsichtig beurteilt, weil eine solche herzlose Profitgier, wie sie dem „Fälschlichkeitsfehler“ im Schiff'schen Briefe zu Tage tritt, in den Kreisen der Arbeiter nichts Seltenes ist. . . Will Herr Schiff solchen schweren Beschuldigungen entgegenzutreten, so möge er die Unterzeichnung einer unparteiischen Behörde veranlassen. Mit Ehren-erklärungen vom Schlage der veröffentlichten ist nichts getan.“

Geschäftsmoral. In dem in Berlin erscheinenden „Export“, einem Organ des industriellen Kapitalismus, lesen wir unter der Ueberschrift: Klagen über deutsche Textilmaaren:

Die englische Handelspresse berichtet ihren Lesern in schadenfreudem Tone von Klagen, welche mexikanische Importeure über die Qualität und Verpackung deutscher Waaren gemacht haben sollen. Um der Nachricht größeren Nachdruck zu geben, wird sie als Korrespondenz aus Berlin ausgegeben. Bornehmlich richtet sich die Anklage gegen die Textilbranche. Es wird behauptet, daß sie namentlich den Wiederholungen von Aufträgen keine Sorgfalt angedeihen ließe, während die französische Konkurrenz dagegen verstanden habe, sich durch peinliche Genauigkeit und Pünktlichkeit einen vorzüglichen Ruf in Mexiko zu erwerben.

An diesen Beschuldigungen ist nicht nur etwas, sondern Leides auch viel Wahres. Weit über das Ziel hinaus geschossen wäre es jedoch, wenn man aus derartigen Vorwürfen auf den Geschäftssinn schließen wollte, welcher in der deutschen Exportindustrie überhaupt herrscht. In allen Branchen haben wir große und kleine Firmen, welche sich schon seit Jahrzehnten mit den Ansprüchen der Uebersetzer vertraut gemacht haben, und denen es nicht entfernt in den Sinn kommt, sich durch „Kneifen“ Vortheile zu eringen. Es ist wohl möglich, daß diese Firmen im Anfange ihrer Laufbahn auch einen oder anderen Versuch gemacht haben, ihre Abnehmer zu dupiren, aber die Abnahme von Aufträgen war das beste Mittel zur Heilung dieser krankhaften Gelüste. An und für sich liegt unter unseren Verhältnissen übrigens die Versuchung, die Güte des Materials, die Schärfe der Gewebe oder die Breite der Stoffe zu verringern, für diejenigen nicht fern, welche bisher nur für das Inland oder die Deutschland begrenzenden Länder gearbeitet haben. Daß in den Exportländern nicht revidirt wird, ist bekannt und — die da drüben? Nun, wie sollten die guten Leute Fachkenntniß besitzen, um die Unterschiede zwischen den Probefendungen und den größeren Nachbestellungen herauszufinden? Dazu kommt, daß erst Monate, oft Jahre vergehen, ehe Klagen einlaufen, und wenn dann der Hamburger oder Bremer Kommissionär sich wegen Schadenersatzes an den Industriellen wendet, wird er auf die gedruckten Bedingungen der Faktura verwiesen und erhält nichts.

Der schlechte Ruf, welcher der deutschen Industrie im Auslande anhäftet, ist zum größeren Theil auf die Unterschätzung der überseeischen Kaufleute — zurückzuführen.

Die „Unterschätzung der überseeischen Kaufleute“ besteht, wie aus dem weiteren Text hervorgeht, darin, daß der deutsche Fabrikant den „überseeischen Kaufmann“ für so dumm hält, es nicht zu merken, wenn er über's Ohr gehauen wird. Das Betrügen ist also keine sittlich verwerfliche Handlung, sondern nur ein Mangel an — Menschenkenntniß. Durch diese kostbare Redewendung giebt der „Export“ selber eine vortreffliche Illustration der Geschäftsmoral. Die im weiteren Verlauf des Artikels aufgeführten Beispiele von Betrügereien aus den 70er Jahren zählen wir nicht auf. Erwähnt sei nur, daß die deutsche Leinwandindustrie im ersten Drittel dieses Jahrhunderts den asiatischen und amerikanischen Markt beherrschte und ihn durch die betrügerischen Praktiken der Herren Fabrikanten, oder wie der „Export“ es nennt: durch „Unterschätzung der überseeischen Kaufleute“ verscherzte. Man sieht, die „Baarschen Schenkenflüchtereien“ stehen nicht allein — sie haben eine Vorgeschichte und sind nur ein einzelner Zweig vom tausendzweigigen Stamm der Geschäftsmoral. Und daß sie von fast der gesammten Kapitalistenpresse Deutschlands hartnäckig verteidigt wurden und werden, beweist nur ihren typischen Charakter.

Wir hatten erst an die Spitze dieser Notiz die Ueberschrift: „Deutsche Geschäftsmoral“ gesetzt, strichen aber das „Deutsche“, da die Geschäftsmoral in allen Industrieländern dem Prinzip nach die gleiche ist, wenn auch gegeben werden muß, daß der deutsche Kapitalismus sich durch einen ganz besonders starken Hang zur Betrügerei auszeichnet, was mit der politischen Verkommenheit unserer Bourgeoisie zusammenhängt und auf die in unseren Schulbüchern so viel gerühmte „deutsche Treue“ ein gar seltsames Licht wirft.

Krieg im Frieden? „Schöne Geschichten“, schreibt Dr. Sigl im „Bayerischen Vaterland“, berichtet das „Münchener Fremdenblatt“ von dem bayerischen Mandat, die hoffentlich energisch demüthigt werden können. Es läßt einen Major eines hiesigen Infanterieregiments per Schnellzug hier angekommen sein, welcher gelegentlich des Mandats durch die Pfropfen mehrerer (!) blinder Schüsse nicht merklich verletzt worden sein soll und „den Wagen erst im Rangirbahnhof verließ, so daß der Anblick desselben dem großen Publikum entgangen ist.“ Weiter: es sollen bereits mehrere Offiziere auf diese Weise verwundet und in ihre Garnison (in Sicherheit?) zurückverbracht worden sein. — Diese losgegangenen Propfen „lassen tief blicken“, weshalb sie demüthigt werden müssen. Im Kriege wird nicht mit Pfropfen geschossen, weshalb die betr. Offiziere vorsichtiger sein müssen als bei den Manövern, um nicht unversehens einen zufällig losgegangenen Deutzettel wegzubekommen.“

Die ehrsame Sperlingfamilie. In einem unsäglichen Iden Artikel über die sozialdemokratische Bewegung schreibt die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 732 vom 14. d. M.): „Was die Sozialdemokraten im laufenden Geschäftsjahre vom vorjährigen Erfurter Parteitag an zur Beglückung des Volkes gearbeitet haben, das reicht nicht einmal hin, um eine ehrsame Sperlingfamilie zu ernähren, geschweige denn eine Arbeiterfamilie.“ In der That, auf die Sperlinge versteht sich die „Kölnische Zeitung“. Dieses Organ der „edelsten und besten Theile des deutschen Volks“ hat mit dinstenhafter Frechheit bis heute die Geschäfte des kölnischen Polizeikommissars Sperling besorgt, indem sie ihn und seine Geliebten mit ihrer verfluchten Schürze liebevoll zudeckte. Und wenn es sich gar darum handelt, Arbeiterfamilien zu ernähren, so wissen die Rohlentner und Eisenbarone, für die sich das kölnische

Blatt hingebend profitirt, damit vortrefflich Bescheld. Die proletarische Hungerdiät, die das Ausbeutertum für seine Lohnsklaven festsetzt, ist die Grundlage für das Wohlergehen der als Vertreter des „Besitzes und der Intelligenz“ sich brüustenden Ausbeuter. Und deshalb ihr schäumender Ingrimm, dem alle Mittel recht sind, gegen die Vorkämpferin der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie. —

Neue Volksbelastung in Oesterreich-Ungarn. Auch in Oesterreich-Ungarn, dem zweitgrößten Mitgliede des Dreibundes, soll das Militärbudget erhöht werden. Es kostet Geld, der „bewaffnete Friede“.

Militärgerichtsbarkeit. Offiziös schreibt das Bunderblatt (Nr. 432 vom 15. d. M.): Während die „Bosische Zeitung“ dieser Tage über den Modus der Behandlung der Militär-Strasprozesse Ordnung im Reichstage Vermuthungen äußerte, wird der „Schlesischen Zeitung“ von „sonst gut unterrichteter Seite“ mitgetheilt, dem Reichstage werde in der bevorstehenden Session der Entwurf für eine Reform des Militär-Strafverfahrens nicht zugehen. Einerseits seien die Vorarbeiten für eine solche Reform noch nicht abgeschlossen, andererseits werde ohnedies schon über die reichliche „Verpackung“ der nächsten Reichstagsession mit wichtigen Aufgaben geklagt. Diese Aufgaben seien dringlicher Natur, und es hiesse ihre Erledigung erschweren, wenn gleichzeitig die viel umstrittene Frage des Militär-Strafprozesses zur Entscheidung gebracht werden sollte. In der Hauptsache dürfte der Gerichtsmann der „Schlesischen Zeitung“ unseres Wissens auch diesmal zutreffend unterrichtet gewesen sein.“ Die Vorkommnisse der allerletzten Zeit (siehe Düsseldorf!) sind ja auch nicht dazu angethan, das herrliche preussische Verfahren als verbesserungsfähig erscheinen zu lassen. —

Ludwig Kossuth, der alte Revolutionär, ist, wie gestern telegraphisch mitgetheilt, von der Pester Gemeindevertretung zur Feier seines 90. Geburtstages mit dem Ehrenbürgerrecht begabt worden. Kossuth lebt in Turin. —

Sozialismus in der Schweiz. Der Berner Korrespondent der Freiburger „Liberté“ (Freiheit), eines konservativen schweizerischen Blattes, beschäftigt sich, wie wir der „Zürcher Post“ (Nr. 216 vom 14. d. M.) entnehmen, mit der Frage nach den Ursachen des politischen Indifferentismus in der Schweiz und bemerkt: „Man muß es einmal sagen: unsere politischen Kadres sind entsehrlich alt. Sehr man sich die eidgenössischen Räte an; es sind in denselben noch so ziemlich alle die Kämpen aus den Revolutionsbewegungen von 1872 und 1874 und aus dem Kulturkampf vorhanden. Nur mit Mühe haben sich einige Junge geltend machen können; der herrschende Ton in den Fraktionsungen und in den Räten ist derselbe wie vor zwanzig Jahren. Man spricht eine Sprache, die heutzutage sich überlebt hat. Ist es verwunderlich, daß die junge Generation dieser alten Formeln überdrüssig wird und entweder der Indifferenz verfällt oder, wie in den Städten der deutschen Schweiz, mehr und mehr zum Sozialismus hinneigt?“

Frisches. Ein am 14. September in Dublin abgehaltener Rath, welchem der Staatssekretär für Irland, John Morley, bewohnte, beschloß die provisorische Aufhebung sämtlicher Kraft des irischen Zwangsgesetzes noch bestehenden Verfügungen. Fallen kann das Gesetz nur durch Parlamentsbeschluß. —

Carmaux. Der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 258 vom 14. d. M.) schreibt ihr Pariser Berichterstatter: „In Carmaux dauert der Streik fort. Aus mehreren Gegenden Frankreichs treffen Unterstützungen für die Arbeiter ein. Selbst der Politik ferne stehende Kreise nehmen für die Streikenden Partei. So hat, wie ich höre, ein in Paris ansässiger dänischer Maler, Namens Bretor, zu Händen von Auguste Vacquerie, dem Leiter des „Rappel“, eine Summe von 5000 Franks für die Bergleute von Carmaux deponirt. Der Gemeinderath von Toulouse hat 1000 Frks. votirt. Die Weißgerber von Graulhet haben 500 Frks. geschenkt und die Sendung von 100 Frks. per Woche während der ganzen Dauer des Streiks versprochen. . . . Nunmehr giebt auch die Gesellschaft, welche das Bergwerk von Carmaux betreibt, ein Lebenszeichen. Sie läßt im „Matin“ das Memorandum publiziren, welches sie an den Präfecten des Tarn gerichtet hat, um die Entlassung Calvignac's zu motiviren. Die Gesellschaft rechtfertigt sich in ausführlicher Weise gegen den Vorwurf, Calvignac in brutaler Weise verabschiedet zu haben. Nach ihren Darlegungen hat sich Calvignac monatelang grobe Verstöße gegen die Fabrikordnung zu Schulden kommen lassen, ehe er seine Kündigung erhielt. Sein Fortbleiben aus der Werkstatt sei nicht bloß ein einziges Mal während der Dauer von 1 1/2 Tagen vorgekommen, sondern sei in letzter Zeit gewohnheitsmäßig gewesen. Im Mai habe er nur 9 1/2 Tage unter 20 Werktagen gearbeitet, im Juni 6 1/2 Tage unter 29, im Juli 1 Tag unter 28, im August 1/2 Tag. In dem erwähnten Zeitraum von 65 Arbeitstagen sei er 26 Tage krank gewesen, 18 Tage beurlaubt, 4 Tage abwesend ohne Urlaub. Wenn dieses Tableau der Wahrheit entsprechend wäre, so würde das freilich ein wenn auch nicht entscheidendes, so doch in Betracht kommendes Argument zu Gunsten der Gesellschaft sein. Aber die Kundgebungen der Kompagnie während des Streiks waren mehrfach so ersichtlich mala fide (in böser Absicht) abgesetzt, daß man gut thun wird, sich gegen die obigen Bissen für's Erste etwas skeptisch zu verhalten.“

Russisches. Der russische „Regierungsbote“ veröffentlicht die Genehmigung der von dem bisherigen Finanzminister Wischnegradsky wegen Krankheit nachgesuchten Entlassung unter Befassung in seiner Stellung als Mitglied des Reichsraths, ferner die Ernennung Krivosheins zum Verweser des Ministeriums der Kommunikationen sowie des bisherigen Verwesers dieses Ministeriums Witte zum Verweser des Finanzministeriums. Statt Wischnegradsky wird jetzt Herr Witte zu pumpen suchen für das Jarenthum. —

Finanznoth in Griechenland. Da Griechenland überhandlert ist, und alle Pumpversuche gescheitert sind, soll das Volk unmittelbar angezapft werden. Trikupis, der Chef des neuen Ministeriums, beabsichtigt, den Rechten wieder einzuführen und neue Monopole zu errichten. —

Vereinigte Staaten von Nordamerika. In Bezug auf die großen Kämpfe, die in den letzten Monaten zwischen Arbeit und Kapital in den Vereinigten Staaten sich abspielten, schreibt einer unserer Genossen in einem Privatbrief:

Wir haben hier wenigstens jetzt Leben in der Arbeiterbewegung, wenn auch nicht in unserer engeren sozialistischen Bewegung, die ziemlich darniederliegt. Die ausgebrochenen Kämpfe haben die Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten in allgemeine Erregung versetzt, und zur Förderung des Klassenbewußtseins konnten wir uns kaum ein wirksameres Mittel wünschen, als diese Zusammenstöße zwischen Kapital und Arbeit und zwischen der Arbeit und der Staatsgewalt. Die Sache ist übrigens, das ist meine feste Ueberzeugung, noch lange nicht zu Ende und zwar deshalb nicht, weil das Unternehmertum diese Kämpfe braucht, um einen nach seiner Meinung es bedrückenden Uebelstand los zu werden.

Der „Standard of Life“ (die Lebenshaltung) des amerikanischen Arbeiters ist thatsächlich ein höherer als jener der Arbeiterklasse irgend eines anderen Landes. Die Schutzollpolitik hat die industrielle Entwicklung auf eine Höhe gebracht, daß diese Schutzollpolitik nicht nur überflüssig, sondern geradezu eine Fessel der weiteren Entwicklung wird. Der Freihandel steht in Amerika vor der Thür. Das einzige, was dem Freihandel im Wege steht, ist der hohe Standard of Life der Arbeiterklasse und die damit zusammenhängenden höheren Löhne Nordamerikas, die es der hiesigen Industrie erschweren, mit Europa zu konkurriren. Die amerikanische Industrie braucht aber jetzt den ausländischen Absatz, und darum geht das Bestreben der Unternehmerklasse dahin, den Standard of Life des amerikanischen Arbeiters um jeden Preis herabzudrücken, und ich fürchte, es wird ihr gelingen, denn die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen dieses Landes sind nicht im Stande, der Koalition der Kapitalisten die Stirne bieten zu können. Namentlich schon deshalb nicht, weil die industrielle Krise sich auch hier fühlbar macht und ein Ueberangebot von Händen vorhanden ist.

Politisch haben aber die englisch redenden Arbeitermassen dieses Landes trotz aller politischen Rechte, die sie besitzen, keine Bedeutung, weil sie bis heute sich ganz im Banne der alten Parteien befinden, von denen sie sich nicht lösen und als Stimmvieh mißbrauchen lassen. Nur ein Theil derselben ist mit der Partei der Farmer, der „Peoples Party“, die sich in Opposition zu den maßgebenden Parteien befindet, in Verbindung, aber bei der Verschiedenheit der ökonomischen Interessen zwischen den kleinbürgerlichen Farmern und den Arbeitern kann für die Letzteren nichts von Belang erreicht werden. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Schichten wird sofort zu Tage treten, sobald die Lohnarbeiter der Farmer sich zu organisiren beginnen und ihre Forderungen stellen.

Obgleich, wie Guch bekannt ist, die Arbeiter in den Minendistrikten unterlegen sind, werden sie das Eine erreichen, man wird die Sträflinge aus den Bergwerken zurückziehen, womit eine der Hauptforderungen der Arbeiter erfüllt ist. Welcher Art übrigens die Generale sind, welche das gegen die Arbeiter ausgebotene Militärkommandirten, dafür folgendes Beispiel. In Oliver Spring hatten die Bergleute in dem ersten Geleite einen General gefangen genommen. Am nächsten Morgen wurde dieser Held von Reportern bestrukt, ihnen über die Vorgänge, deren Zeuge er gewesen, Bericht zu geben. Die erste Frage des gefangenen Generals aber war: Was zahlen sie mir dafür? Und erst nachdem diese Frage befriedigend beantwortet war, gab er seine Erfahrungen zum Besten. Gegen den Geschäftsgestir der Amerikaner kommt eben nichts auf. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der General Dogle, der die New-Yorker Truppen zum Schutze der Eisenbahnen bei Buffalo kommandirte, der General-Frachtagent einer der betroffenen Bahnen ist. Er erklärte denn auch beim Ausmarsch der Truppen ganz offenherzig: Ich habe ein großes Interesse an der Sache. Wir gehen nicht zum Spaß, wir werden schießen. Und so geschah es. Der hier herrschende Geschäftsgestir, der vor keinem Mittel, um sich einen Vortheil zu verschaffen, zurückzusehen, zeigt sich auch noch in folgendem. Unmittelbar nach Ausbruch des Streiks in Buffalo entstanden daselbst Brände, die unzweifelhaft angelegt waren und durch die für einige tausend Dollars Waggons und Frachtgüter vernichtet wurden. Natürlich sollten das die streikenden Arbeiter gethan haben. Verschiedene Gründe zwingender Art beweisen aber, daß jene Brände durch die Eisenbahn-Gesellschaften verursacht wurden, um daraufhin die Aufforderung stellen zu können, die Milizen mobil zu machen. Die Eisenbahnmagnaten erlangten so billigen Schutz für ihr Eigenthum, den jeht Staat und County bezahlen müssen, während sonst die Eisenbahn-Gesellschaften eine große Anzahl Wächter gegen hohe Löhne hätten anstellen müssen. Die Niederträchtigkeit des Kapitals läßt hier nichts zu wünschen übrig, und die Staatsgewalt hat sich einmal wieder als sein Kommiss bewährt. —

Seißboten in Neu-Seeland. Ueber die Eingeborenen der schönen australischen Insel Neu-Seeland, die Maori, einen kräftigen, begabten und kulturfähigen Stamm schreibt ein aus eigener Anschauung urtheilender Mitarbeiter des „Deutschen Wochenblattes“ (Nr. 87 vom 15. September: Neu-Seeland und die Maori): Die Maori erinnern in vielen Eigenheiten und Aeußerlichkeiten an die Samoaner, doch fehlt ihnen deren hinreichende, sorglose Fröhlichkeit. Früher sollen sie auch hierin den Samoanern ähnlicher gewesen sein, aber jeht ist die naive Freude am Dasein verschwunden, ihre Lebhaftigkeit hat einem gedrückten Wesen Platz gemacht, kurz — die theilweise Annahme europäischer Zivilisation und des Christenthums ist nicht zu ihren Gunsten ausgeschlagen.“ Die Zivilisation John Bull's vernichtete mit einer Grausamkeit, wie sie dem christlichen Europäer im Kampfe mit den „Wilden“ stets eignete von Bizarro und Cortes bis auf Stanley, die Selbständigkeit der widerstandsfähigen, jähnen Maori, verübte gegen Kriegsbrauch die furchtbarsten Gräueln und brachte die „Segnungen“ des Christenthums einem freien Stamm, der nun entartet unter dem Einfluß von Schnaps, Syphilis und anderen Erregungsgiften der Kultur. Soll da nicht die Fröhlichkeit, sonst eine Eigenschaft der Naturvölker, zum Teufel gehen? Daß eine freikonservative Wochenchrift diese Thatfachen feststellt, ist doppelt reizvoll. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 16. September.
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Schauspielhaus. Nathan der Weise.
Lesing-Theater. Ein Tropfen Gift.
Deutsches Theater. Die beiden Beonoren.
Berliner Theater. Maria Stuart.
Broff's Theater. Lucia von Sammermoor.
Bellevalliance-Theater. Fideles.
Kessden-Theater. Die Dummheit (Les Jobards).
Friedrich-Wilhelm-Bühne. Das Mädchen von Elfenzo. — Dorothea. — Der Ehemann vor der Thür.
Thomae-Theater. Die verlassene Bierländerin. Hannes Müte's Abschied. De forsche Peter. De Webb.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Alexander-Platz-Theater. Tannhäuser.
Ostend-Theater. Trompeter von Säckingen.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Erzbrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 11. Male:
Die wilde Madonna.
Gesangsposse in 3 Akten von L. Trostow. Coupletts von G. Görrs. Musik von G. Steffens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkenmeyer in Coburg.
In Scene geföhrt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.
Freitag, den 16. September:
Tannhäuser.
Große Anstaltungs-u. Gesangs-Posse in 4 Akten.
Anfang um 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast
Burgstraße, neben der Börse.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Mit Seltene, die singende Entsee, Gruppe Leopard, Kraft- u. Zahnproduktionen a. d. Ringen, Alibra-Gruppe, Portiere-Mitrosolen, Mr. Clermont, m. f. dress. Gef. Schweinen, Wären u. Gaverton-Gruppe, Excent. Akrobaten, Granat und Seefeld, Wiener Duettisten, Herrn. Schulte, Gesangs-Humorist.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

Passage-Panopticum.
Nou! **Blaue Grotte** mit Wasser, Räuhna u. Beleuchtungseffekten.
Nou! **Eine Kriminal-geschichte** in sieben lebensgroßen Gruppen.

Castan's Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Austr. d. Germania-Konzert-u. Couplet-Sänger.
(Damen u. Herren.)
Wochentags frei. Sonntag Entree 30 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen.
sowie 6 Billards, 3 Kegeltischen.
F. Sadtke.

Wedding-Casino
Schulstr. 29.
Empfehle den Garten nebst Sälen (300 Personen) zu Vergnügungen und Versammlungen.
1934b
Franz Slaby.

Egyptische Ausstellung.

Unmittelbar an der Stadtbahn-Station Zoologischer Garten.
Permanent geöffnet v. Morgens 10 Uhr bis Abends 11 Uhr.
Arabisches Original-Café mit seinen ägyptischen Musikern und National-Tänzerinnen (Almées). **Orientalische Bazare.**
Suaheli- und Fellachendorf-Beduinenzlager, Landwirtschaftliche Anlagen, Maschinen u. Geräte Ober-Egyptens.
In der grossen Arena: Vorführung der grossen Karawane täglich um 4 1/2 und 7 Uhr.
Einzug der Mekka-Karawane in Kairo um 5 und 8 Uhr.
Von 3 1/2 Uhr ab: **Grosses Konzert.**
Jeden Freitag „Elite-Abend“, verbunden mit gr. Doppel-Konzert.
Entree 50 Pf., Loge 2 Mk., I. Tribüne 1,50 Mk., II. Tribüne 1 Mk.
Sonntabend, den 17. September:
Grosse Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Nothleidenden Hamburgs.

Konzerthaus „Sanssouci“
4a Rottbuser Straße 4a. 1961b
Sonntabend, den 17. September 1892:
Zur Feier des 25 jährigen Dirigenten-Jubiläums des Gesanglehrers Carl Wuth
Pokal- und Instrumental-Konzert
unter gütiger Mitwirkung mehrerer Gesangsvereine und einiger Solocäfte.
Humoristische Vorträge.
Freunde und Gönner sowie ehemalige Sangeschüler des Jubilars sind hierzu freundlichst eingeladen. Bilets sind vorher im Zigarren-Geschäft von Gottfried Schulz, Rottbuser Platz, zu haben.
Das Comité.

Karton-Arbeiter und -Arbeiterinnen!
Große öffentliche Versammlung
am Sonntabend, 17. Sept., Abends 8 1/2 Uhr, bei Tempel, Langestr. 65.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Folger über: „Wissen ist Macht.“ 2. Abrechnung der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.
1933b
Der Einberufer.

Bettdecken-Färberei,
a. Städt. 1,25 Mk. in allen Farben. — Lieferzeit 5 bis 6 Tage.
A. Pergandé.
Hauptgeschäft: Waldemarstraße 52. 2948L
Filialen: Görlitzerstr. 43, Reinickendorferstr. 12. Potsdam: Nauenerstr. 18.

C. Königsfeld, Uhren- u. Goldwaaren-Geschäft
Reinickendorfer-Str. 69.
Spezialität: Ringe, geprüfte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2685L

Volks-Seife
nur echt mit den Bildnissen bekannter Volksmänner. Muster geschicklich geschäftl.
Preis: Stück 10 Pf., 6 Stück 50 Pf. Vortheilhafteste Seife für den Hausgebrauch. Für Wiederverkäufer zu beziehen durch Haupt-Agentur
Max Koehler, Preudenstraße 33 II. 2974L

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.
Folgende neue Erscheinungen unserer Literatur empfehlen wir den Parteigenossen zur Anschaffung:

Robert Owen.
Sein Leben und sozialpolitisches Wirken.
Zwei ausgegrabene Skizzen
von
Wilhelm Liebknecht.
72 Seiten 8°. Mit Owen's Porträt und einem Plan.
Preis broschirt 30 Pfennig.

Ueber
Staatssozialismus.
Von Georg von Vollmar.
48 Seiten 8°. Preis broschirt 20 Pf.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Viktoria-Brauerei.
Pöppow-Straße 111/112.
Im Konzertgarten resp. Saal)
Täglich (außer Sonntags):
Stettiner Sänger.
Stets wechselnd. Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Wochentagsbillets à 40 Pf. (S. Plakate).

Moabiters Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Hellmuth Peters.

Achtung! Töpfer!
Die Teilnehmer der Herren-Partie versammeln sich Sonntag früh 7 Uhr Bahnhof Charlottenburg. Abfahrt 7 Uhr 31 Min., Schlesiener Bahnhof 8 Uhr 2 Min. 74/1

Rheinländischer Tunnel.
Genannt: „Die edele Nagelkiste“
Berlin N.,
Elsasserstrasse No. 73,
gegenüber der Bergstraße.
Gemüthliche Bierstuben.
Warme und kalte Spritzen den ganzen Tag. Vorzügliche Bier.
2964L) H. Schultze (mit'u h.)
Grünteam-Geschäft mit Rolle, Holz u. Kohlen, gangbar, ist wegen Umzugs nach außerhalb sofort zu verkaufen.
1936b Schwebelstr. 226a.

Ein altes gangb. Zigarren-Geschäft im Mittelpunkt d. Stadt ist preiswerth zu verl. In erstogen in der Exp. d. „Vorwärts“. 1936b

Arbeiter-Bildungsschule (Süd-Bezirk).
Versammlung
am Sonntag, den 18. September, Abends 7 Uhr, in Heinrich's Festsälen, Blücherstr. 61.
Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: „Wissen und Bildung“.
Gäste haben Zutritt.
1977b
Nach dem Vortrag: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**

Berein der Einseker (Tischler).

Sonntag, den 18. September, Vormittags 10 1/2 Uhr,
Neue Friedrichstraße 44:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Vergnügungs-Komitees von der Landpartie. 2. Vorstands-
Antrag. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten.
Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 18. September, Vormittags 10 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Klempner
im Lokale des Herrn Th. Bolts (früher Feuerstein), Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Das Römische Reich und unsere Zeit.
2. Diskussion. 3. Einziehung der statistischen Fragebogen und Arbeitsordnungen.
4. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.

Sonntag, den 18. September, Vormittags 10 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Feilenhauer
im Lokale des Herrn Molssner, Gartenstraße 182.
Tages-Ordnung: 1. Die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter.
Referent: Herr Augustin. 2. Diskussion. 3. Vorschläge zur Wahl eines Beisitzers im Vorstande. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Große Versammlung in Rummelsburg
am Sonntag, 18. September, Vormittags 10 1/2 Uhr, Hauptstr. 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Hoffmann über: „Der Sozialismus ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Wir ersuchen die Mitglieder für regen Besuch sämtlicher Versammlungen Sorge zu tragen.

Mittwoch, den 21. September, Abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im „Louisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 87.
(Siehe Annonce in der Sonntag-Nummer des „Vorwärts“.)
75/4
Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Bereins-Versammlung
am Sonntabend, den 17. September, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Bergstraße Nr. 68.
Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitervereine bei der Alters- und Invalidenversicherung. Referent: Herr Martin. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Bilets zur Möbel-Ausstellung zum Preise von 25 Pf. sind in dieser Versammlung zu haben.
496/20
Der Vorstand.

Zachv. der Marmor- u. Granitarbeiter.
Sonntag, den 18. September, Vorm. 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Deigmüller's Lokal, Alte Jakobstr. 48a.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
280/16
Der Vorstand.

Schöneberg.
Freie Vereinigung der Bau- u. geworbl. Hilfsarbeiter Schönebergs u. Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 18. September, Mittags 12 Uhr, in Jakob's Salon, Grünwaldstraße 110.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands in der Gegenwart.“ 2. Aufgabe und Nutzen der Fachpresse. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes und Fragelasten.
Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
121/15
Der Vorstand.

Communistischer Arbeiter-Bildungs-Verein
Communist Working-Men's-Club
von Carl Marx und Fr. Engels gegründet 1840
hält seine Sitzungen ab
London W, 49 Tottenham Str.

Grosse Versammlung
des Vereins der Militär- und Lieferungs-Schneider.
419/18
Sonntabend Abend 8 1/2 Uhr in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des letzten Quartals. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
Der Vorstand.
Den Kollegen des Vereins zur Nachricht, daß unser nächster Zuschneide-Kursus im Oktober seinen Anfang nimmt. Mitglieder, die daran Theil nehmen wollen, können sich bei der Fachschul-Kommission melden. Wronn, Tiefstr. 9 u. 2 Tr., Klöner, Jägerstr. 10 Hof 4 Tr., bei Winter & Duckstein, Melanchthonstr. 23 Hof 3 Tr. bei Buchholz.
Auch nimmt der Vorstand Anmeldungen entgegen.

Große öffentliche Versammlung
der Maler u. Anstreicher Berlins
am Sonntag, den 18. September, Vormittags 9 1/2 Uhr,
in Knebel's Salon, Badstrasse 56.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Dr. Lütgenau über: „Kapital und Arbeit“
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es ist jedes Anstreichers und Malers heiligste Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

von Auktoren durch Vermittelung des Kaiserlichen Gesundheitsamts mit den ihr bezeichneten Behörden des Reichs und der Bundesstaaten unmittelbar in Verbindung zu setzen und Sachverständige zu Erhebungen an Ort und Stelle zu entsenden.

Hamburg, 14. September. In der heutigen Sitzung der Bürgerchaft waren 5 Kommissare des Senats anwesend. Bürgermeister Münderberg, wies in längerer Rede die gegen die hamburgische Verwaltung erhobenen Vorwürfe der Verletzung des Ausbruchs der Cholera sowie des Reichthums hinsichtlich der Vorbereitung und der Apathie gegenüber der stetigen Verschlechterung der sanitären Verhältnisse zurück. Hierauf wurde, da Niemand weiter das Wort nahm, der dringliche Antrag des Senats auf Bewilligung einer weiteren Million Mark zur Bekämpfung der Cholera einstimmig angenommen. Der Antrag Börmann auf Prüfung der sanitären Verhältnisse durch eine Kommission, bestehend aus 3 Senatoren und 6 Bürgern, wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen. Die Kommission wurde sofort gewählt und soll morgen ihre Thätigkeit beginnen. In diese Kommission wurde der Antrag Reiche auf Bohrung von artesischen Brunnen sowie der Antrag Drund, die Schöpfstelle der Stadtwasserleitung elbaumwärts oberhalb des Jollenspicks zu verlegen, verwiesen. — Warum noch immer kein Nothstandskredit? Soll wieder der Bettelstafel geschwungen werden, wie 1842 nach dem großen Brande? Die schöne Rede wegen der Verletzung ist doch nicht ernst zu nehmen.

Bremen, 15. September. Die Bürgerchaft genehmigte nach dem Antrage des Senats die Summe von 50 000 M. für Nachwehrraßregeln gegen die Cholera und votierte den Sanitätsbehörden den Dank für deren energisches Einschreiten.

Stettin, 15. September. Amtlich wird mitgeteilt, daß seit der letzten Meldung hier weder ein Erkrankungs- noch ein Todesfall infolge der Cholera vorgekommen ist.

Aus Vägerdorf (Pommern) schreibt man uns: An der asiatischen Cholera ist ein Sohn des Arbeiters Pieschmann gestorben, ein anderer erkrankt. Erkrankt ist im benachbarten Münsterdorf die Frau des Schiffers Warnke aus Jpehoe. Die Familie ist in der Münsterdorfer Parade eingekerkert.

Aachen, 15. September. Die Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft hat für die Hamburger Nothleidenden 10 000 M. gespendet.

Antwerpen, 15. September. Eine leichte Zunahme der Epidemie macht sich seit gestern hier bemerkbar. Etwa 10 neue Erkrankungsfälle, von denen mehrere in der Stadt selbst vorliefen, sind konstatiert worden. Zwei Kinder und ein Schiffer sind auf Fahrzeugen und ein Arbeiter in einem Kaffeehause gestorben.

Lugano, 15. September. In den italienischen Grenzstationen Portofino, Chiasso, Ponte Tresa und Ponte Sesto findet eine Desinfektion der Wäsche der Durchreisenden statt. Deutschen Reisenden ist die Mitnahme ausreichender Legitimationspapiere zu empfehlen.

Paris, 15. September. Gestern waren hier 59 Erkrankungen und 44 Todesfälle an Cholera gemeldet, in St. Quentin 14 Erkrankungen und 13 Todesfälle, in Rouen 8 Erkrankungen und 3 Todesfälle, in Havre 11 Erkrankungen und 7 Todesfälle.

Paris, 15. September. In der gestrigen Sitzung der Medizinischen Akademie verlas Despres eine Denkschrift über Choleraheilung durch Chloroform; derselbe will durch seine Methode bei 50 bis 60 pCt. Heilung erreichen.

In Toulouse ist ein Todesfall an Diarrhoe unter choleraähnlichen Erscheinungen vorgekommen.

London, 15. September. 13 Erkrankungen und 8 Todesfälle an Cholera wurden gemeldet.

Haag, 14. September. Das Verbot der Einfuhr und Durchfuhr von Waaren aus Hamburg und Altona ist auf alle Gebiete ausgedehnt worden.

Amsterdam, 15. September. Nach amtlicher Meldung ist am 12. d. Mts. in Siedrecht ein Mann an der asiatischen Cholera gestorben. In Rotterdam ist gestern Abend ein junger Mann unter choleraverdächtigen Erscheinungen heftig erkrankt und in das Barackenhospital gebracht worden. Ob asiatische Cholera vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Stockholm, 15. September. Das Kommerzkollegium hat das Königreich Italien für von der Cholera angesteckt erklärt. König Oscar hat im Staatsrath den Antrag der Medizinalverwaltung, längs der Staatseisenbahnen besondere Gebäude zur Aufnahme von während der Fahrt mit den Bahnen an der Cholera Erkrankten zu errichten, abgelehnt; solche Kranke sind den Epidemiohospitalen zuzuweisen, welche den Bahnhöfen zunächst liegen. Die Einfuhr von Lumpen, gebrauchten Betten und Wäsche aus Dänemark und Norwegen ist verboten worden.

Sofia, 14. September. An der bulgarisch-serbischen Grenze ist eine dreitägige Quarantäne angeordnet. Die direkten Eisenbahnzüge werden einen Kilometer vor der Station Jaribrod angehalten, woselbst die Reisenden sich in Zelten und Baracken der Quarantäne unterziehen müssen.

Petersburg, 15. September. Nach einer Meldung aus Teheran sind dort vom 6. bis zum 11. September 235 Personen an der Cholera gestorben. Im Lager des Schahs sind 180 Choleraerkrankte vorgekommen. Auch in Isfahan ist die Cholera aufgetreten.

New-York, 14. September. An Bord der hier in Quarantäne liegenden „Scandia“ ist heute ein neuer Cholerafall vorgekommen. Ferner sind auf dem von Altona angekommenen Dampfer „Helgoland“ zwei Personen an Cholera gestorben. Die Dampfer „La Champagne“, „Belgenland“ und „Maasdam“ sind aus der Quarantäne entlassen worden.

New-York, 15. September. Der Gesundheits-Kommissar der Stadt, Bryant, hat erklärt, es wären zwar Cholerafälle hier konstatiert, es handle sich dabei aber nur um eingeschleppte Fälle. Er werde bemüht sein, die Herkunft der Fälle zu ermitteln, und sei der Ansicht, daß die Krankheit bald verschwinden werde. Auch der Superintendent für das Gesundheitswesen, Gibson, meint, die Cholera werde nicht epidemisch auftreten, es würden nur sporadisch Fälle vorkommen, mit Beginn der kalten Jahreszeit werde die Seuche ganz verschwinden.

Parteinachrichten.

Das Organ der „Unabhängigen“, der „Sozialist“, brachte auf die Juchung, die wir ihm wegen seiner Behandlung der holländischen Angelegenheit zu Theil werden lassen mußten, einen weiteren Artikel über den Meineid und die Sozialdemokratie, in dem sich folgende Stelle befindet:

Wir müssen den sozialdemokratischen Wahn zerlegen, daß es gewissermaßen Pflicht jedes Genossen sei, vor Gericht unter allen Umständen die Wahrheit zu sagen, gleichviel, welche Folgen aus diesen Bekenntnissen erwachsen könnten. Wir brauchen doch nur einen praktischen Fall ins Auge zu fassen, um sofort zu erkennen, was ein zielbewußter und ehrliebender Genosse zu thun hat. Sollen wir, wenn das Gericht und Juri, alles enthalten, was wir wissen? Sollen wir unsere eigenen Genossen belügen? Sollen wir die Justiz auf den rechten Weg leiten und ihr das Material zu Anlagen und Verfolgungen bereitwillig in die Hände spielen? Ein Schurke, der das vollbrachte!

Gegenüber diesem Grundsatz des Organs der „Unabhängigen“ konnte sogar der „Reichsbote“, das Blatt Stiders, der selber einen falschen Eid geschworen, die Erklärung riskiren:

Diese Anschauungen (sind) derart, daß es ernstlich in Erwägung zu ziehen ist, ob sie in einem geordneten Staate gelehrt werden dürfen; denn es liegt auf der Hand, daß sie die vollendetste Verbrechermoral enthalten. Wenn erst den

Mitgliedern einer Partei der Meineid nicht bloß erlaubt, sondern sogar zur Pflicht gemacht wird, sobald das Interesse der Partei in Betracht kommt, so werden die also Unterrichteten sich sagen: wenn uns der Meineid für das Parteinteresse erlaubt ist, dann muß er uns auch da, wo es sich um unser eigenes Interesse bezuglich des Interesses unfreier Gegner handelt, erst erlaubt sein. Dann können die Berichte ihre Säule zerschlagen oder sie müssen wieder zu Folter- und Marterwerkzeugen greifen, wenn sie die Wahrheit erfahren wollen.

Es liegt eine gewisse Logik selbst in dieser Artuffade.

Nun die Meinung eines sozialdemokratischen Blattes. „Ist die Wahrheit eine bürgerliche Einrichtung?“ fragte schon neulich dem „Sozialist“ gegenüber ironisch das „Volkstimme“ für Tellow-Deestow und führte dann zutreffend u. A. aus:

„Weit ab von uns weisen wir die unehrenhafte Zustimmung, es wäre moralische Freiheit, wenn man bereit wäre, im höheren (Partei-) Interesse ohne Weiteres feierlich die Unwahrheit zu sagen.“ „Frei von Moral“ ist freilich derjenige, der, um einer Sache zu dienen, Lügen und Verleumdungen wissenschaftlich verbreitet, und wenn er vor die Wahl gestellt wird: „beweise oder widerzuse!“ das erstere nicht kann und zum anderen nicht den moralischen Muth hat. Da sind wir gegen einen „Genossen“ durchaus nicht milder im Urtheil als gegen einen Gegner. Wir nageln eine solche moralische Niedrigkeit an den Schandpfahl ohne Ansehen der Person.

Man ist deshalb durchaus noch nicht gezwungen, Geheimnisse zu verrathen, deren Enthüllung unserer Sache schaden kann.“ „Dagegen giebt es ein Mittel, das ist Schweigen! Ein solches ehrenvolles Schweigen wird man freilich nicht brechen, weil die doch immerhin nicht sehr große Unbequemlichkeit des Zeugniszwangs-Verfahrens droht. Haben doch zu anderen Zeiten ehrenhafte Männer Folter und Tod ertragen, aber weder ihre Geheimnisse verrathen noch gelogen.

Die Lüge entehrt jeden, der sie gebraucht, und schadet in der Regel auch der Sache, für die sie angewendet wird.

Lügen heißt aber die Unwahrheit gegen besseres Wissen da sagen, wo eine Verpflichtung besteht, die Wahrheit zu sagen. Diese Verpflichtung besteht ohne Zweifel überall da, wo eine dritte Person glauben muß, sie erfahre von mir die Wahrheit, und also am allerersten da, wo ich selbst versichert habe in irgend einer Form, ich werde die Wahrheit sagen.

Das ist nicht etwa eine Forderung der bürgerlichen Moral, im Gegentheil, die bürgerliche Moral ist sehr geneigt, der „Schinderhannesmoral“ Recht zu geben, die den augenblicklichen Vortheil über die Wahrheit setzt. Diese Moral des Vortheils, der Ausbeutung, gerade ist es, die wir bekämpfen. . .

Man kann irren, man kann getäuscht werden, man kann deshalb Unwahrheiten verbreiten und behaupten. Den Vorsichtigen wird es seltener passieren, dem Leichtfertigen oft. Schon die Leichtfertigkeit ist ein moralischer Fehler. Wer aber wider besseres Wissen die Unwahrheit sagt, der ist eben ein Lügner, man kann ihm zuweilen mildernde Umstände bewilligen, wenn er aber nur deshalb lügt, um einen Erfolg zu erreichen, der ihm wünschenswerth erscheint, dann wendet er Mittel an, die auch die freieste Moral nicht billigen kann, die auf dem menschlichen Grundlag sich aufbaut. Der Lügner aus Grundlag, um des Erfolges willen, zerstört die Grundlag jedes menschlichen Zusammenlebens, das Vertrauen, erklärt den Krieg, den undarmherzigen Krieg Aller gegen Alle. Wer giebt mir die Gewähr, daß mein Freund von heute, welcher die Lüge als Waffe gegen den gemeinsamen Gegner sich zu gebrauchen erlaubt, nicht mein Feind von morgen ist und nun mir mit denselben Waffen dient? Wer bürgt mir einem Lügner gegenüber überhaupt dafür, daß er mir heute noch Freund ist, ob das, was er mir heute sagt, nicht schon alles Lügen sind? Wer kann dem Lügner jemals glauben?

Mit dem Aufhören von Glauben und Vertrauen aber ist jede gemeinsame Thätigkeit unmöglich gemacht, auch die unsrige. Deshalb haben wir ein Interesse an der Wahrheit.

Wenn nun jene „Unabhängigen“, die noch Selbstachtung haben, es sehr übel nehmen, daß wir auch ihren leidenschaftlichsten Beteuerungen den Zweifel an ihrer Wahrhaftigkeit entgegensetzen, so müssen sie sich das schon gefallen lassen. Ganz richtig sagt hierzu das vorstehend zitierte Parabelblatt: „Wer sich in der Gesellschaft von Personen befindet und bleibt, die erklären, sie pflegen auf Wahrheit, Ehre und guten Namen, der muß doch wohl erlauben, daß man ihn nach dieser zweifelhaftesten Gesellschaft tagt und seine Glaubhaftigkeit selbst wenn er feierlich versichert, die Wahrheit zu sagen, nicht sehr hoch schätzt.“

Den Parteigenossen überall aber geben wir den Rath, die Grenzlinie zwischen sich und den „Unabhängigen“ aufs allerstrenge zu ziehen. Mit Leuten, die wie der „Sozialist“ beweist, der Arbeiterbewegung aus purer Bosheit, lediglich um sie zu ruiniren, da sie, weil isolirt, Positives nicht leisten können, mit vollem Bewußtsein die widerwärtigsten Hindernisse bereiten, mit solchen verlorenen Menschen diskutirt man nicht.

Nachgang des Freisinn. Bei der Landtagswahl in Gera hat der Freisinn im 1. Wahlkreise gegen 1850 dieselbe Stimmzahl behalten, nämlich 220. Im 2. Wahlkreise ging er von 233 auf 199, im 3. Wahlkreise von 286 auf 194 zurück. Wähler im Besitze aller drei Mandate, hätte er sie diesmal sämmtlich ein. In den beiden Wahlkreisen, wo Stichwahl nöthig, stehen sich die Kandidaten der Sozialdemokraten und des national-liberal-konserverativen Reichvereins gegenüber, im dritten Wahlkreise legte bekanntlich der Sozialdemokrat Hahn über die beiden gegnerischen Kandidaten. Bei der vorigen Wahl erhielt unsere Partei in Gera insgesammt 523, diesmal 1192 Stimmen, also mehr als das Doppelte. Der Freisinn erhielt bei der 1880er Wahl 709, diesmal nur 612. Die Nationalliberal-Konserverativen bekamen das vorige Mal 581 Stimmen und brachten es diesmal auf 568, ihre Zahl stieg also um ein Beträgtes. Zusammen gerechnet existierten die Ordnungsparteien 1175 Stimmen, so daß die Sozialdemokratie mit 1192 Stimmen die absolute Mehrheit in Gera auch bei der Landtagswahl erreicht hat. Aus dem 4. und 5. rheinischen Wahlkreise wird ebenfalls ein gemaltes Anwachsen unserer Stimmzahl gemeldet. Das Resultat selbst steht noch aus. Nach Allem können die rheinischen Parteigenossen mit dem Erfolg ihrer Thätigkeit zufrieden sein. Sie haben ihre Sache brav gemacht.

Zum „Nachgang“ der Sozialdemokratie. Die Neue Badische Landeszeitung schreibt: „Widriger Weise dürfte es demnachst einen deutschen parlamentarischen Vertretungskörper geben, in welchem die Sozialdemokraten die Majorität besitzen und dieser wäre der Landtag des Herzogthums Koburg-Gotha. In dem Wahlkampfe für denselben, dessen neunzehn Abgeordnete durch Wahlmänner, also indirekt, gewählt werden, haben nämlich die Sozialdemokraten auf dem flachen Lande große Erfolge errungen. Fallen auch noch die bevorstehenden Wahlen in den Städten ähnlich aus, was mehr als wahrscheinlich ist, so hat man mit der Thatsache zu rechnen, daß die Sozialdemokraten die Majorität im Landtage erlangen werden, in dem sie bis jetzt noch nie ein Mandat befehlen hatten. Wohl haben sie in der badischen Kammer wie in der von Neuh jüngerer Linie, Meinungen und Weisungen einige beziehungsweise einen Sitz inne, daß aber die sozialdemokratische Fraktion in einem Landtage über die Mehrheit verfügen wird, steht in der Geschichte der deutschen Bundesstaaten und weit darüber hinaus ohnegleichen da.“ Die Erklärung für diese Fortschritte unserer Partei findet das Blatt einer-

seits im unpopulären Regiment des Ministeriums Streng, andererseits in der geschickten Agitation des Reichstags-Abgeordneten Bod. Die „Neue Badische Landeszeitung“ ist ein Blatt, das mit Vorliebe vom „Nachgang“ der Sozialdemokratie spricht. Es dürfte ihr demnach um so bitterer sein, zu hören, daß ihre Befürchtung bezüglich der städtischen Wahlkreise wohl begründet gewesen. So sind z. B. in Waltershausen, also einer Stadt, bei den Wahlmänner-Wahlen unsere sämmtlichen 22 Kandidaten gewählt worden.

Die der „Reichsbote“ fälscht und lügt. Die Magdeburger „Volkstimme“ nahm in ihrer Donnerstags-Abendnummer gegen den bürgerlichen Grundsatz entsetzten Stellung, welchen „Der Sozialist“ hinsichtlich des Meineids predigt. In demselben Artikel fertigte die „Volkstimme“ den „Reichsboten“ ab, der bemerkt hatte:

„Vor einiger Zeit der Metallarbeiter Drichel nach Verurteilung einer vierjährigen Zuchthausstrafe (man hatte in seiner Wohnung in Magdeburg Dynamit vorgefunden) entlassen worden war, warnte vor ihm, als einem Kronzeugen, nicht nur der „Sozialist“, sondern auch der „Vorwärts“ und die Magdeburger „Volkstimme“, und zwar aus dem Grunde, weil er im Neve-Prozess als Belastungszeuge fungirt, also die Wahrheit ausgesagt hatte.“

Die „Volkstimme“ erwiderte darauf wörtlich: „Das die Ausführungen des „Reichsboten“ gegen die „Volkstimme“ anbetrefflich, so entstellen dieselben wider besseres Wissen allgemein bekannte Thatsachen. In unserer Warnung seinerzeit nannten wir allerdings Drichel einen „Kronzeugen“, aber daß ein Angeklagter in einem Hochverratsprozeß nicht gut auch als eidesfähiger und verlässiger Zeuge fungiren kann, das dürfte selbst den Redakteuren des „Reichsboten“ klar sein, und sie hätten mit der Nase darüber stolpern müssen, denn sie sprechen selbst davon, daß Drichel damals zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war. Aber auch als Angeklagter kann man sehr gut als Kronzeuge fungiren — wir in Magdeburg haben Erfahrung in solchen Dingen, man denke nur an den Polizeipolizei Speck, der auch auf der Anklagebank saß — und weil Drichel sich dazu hergegeben hatte, deshalb warnten wir vor ihm, — wir wissen nicht, ob wir dem „Reichsboten“ so viel Unstänigkeit zulassen können, diese Thatsache seinen Lesern zu unterbreiten — wir werden ja sehen.“

Was aber die Stellung zur ganzen Meineidsfrage anbetrefflich, so hat gerade die „Volkstimme“ von vorn herein entschieden gegen die Auffassung Stellung genommen, als ob es einem Sozialdemokraten erlaubt sein könnte, im Interesse seiner Partei einen Meineid zu schwören — ob die Gründe hierfür in der religiösen Auffassung des Eides lagen oder ob wir uns von einer anderen Ethik leiten ließen, kommt nicht in Betracht. —

Obwohl wir also den Meineid schlechterdings verwerfen, so wird dennoch auch nach unserer Auffassung von der Ehre der Sozialdemokratie jeder als Parteigenosse unmöglich sein, der freiwillig als Zeuge vor Gericht Parteigeheimnisse verrät. Das ist freilich ein Dilemma, das für feige Knechtseelen, wie es die Hintermänner des „Sozialist“ sind, und für den „Reichsboten“ unlösbar ist. Wir verlangen von einem Parteigenossen, daß er nicht mit großen Worten bramarbasirt wie es die Unabhängigen thun, sondern daß er sich durch seine Thaten revolutionär beweist.

Es ist nichts als eine gewissenlose Feigheit — abgesehen von der hanebüchernen Dummheit — unter dem Eide zu lügen. Wer als Parteigenosse unter dem Eide nach Dingen gefragt wird, die ihn selbst kompromittiren, den deckt § 54 der Strafprozessordnung, wer nach Dingen gefragt wird, welche die Partei kompromittiren, der hat die Pflicht, das Zeugnis zu verweigern. Freilich muß der Betreffende dann auch die Konsequenzen selbst tragen und die eventuell 6 monatliche Haft auf sich nehmen.

Das ist revolutionär gehandelt und nicht revolutionär schwadronirt; ein Standpunkt freilich, den die Redakteure des „Sozialist“, die ja nur andere hineinlegen können, nicht verstehen, den auch der „Reichsbote“ nicht verstehen wird, weil ihm echter Mannesmut und jene Aufopferungsfähigkeit für das Parteinteresse fehlt, welche gerade die Besten unserer Partei auszeichnet; an solchen Männern werden auch die vom „Reichsboten“ bezeichneten Weise in Vorschlag gebrachten Folterwerkzeuge wirkungslos werden.

Diese Taktik ist es, die wir in der Meineidsfrage immer empfohlen haben, und die kürzlich erst hier in Magdeburg in einem Aufsehen erregenden Falle zur Anwendung gekommen ist. — Von der Empfehlung des Meineids aber weiß sich die Partei und speziell die „Volkstimme“ frei, nicht trogend, sondern weil wir revolutionär handeln, aber nicht revolutionär schwadroniren.“

Und was thut dieser Abfertigung gegenüber der christlich-erwangelische „Reichsbote“? Er schreibt in seiner Freitag-Nummer: „Die sozialdemokratische „Volkstimme“ behauptet, sie hätte deshalb vor Drichel als Kronzeugen gewarnt, weil derselbe selbst Angeklagter, in dem Hochverratsprozeß nicht zugleich als eidesfähiger Zeuge hätte fungiren sollen. Uebrigens gesteht die „Volkstimme“ zu, daß jeder als sozialdemokratischer Parteigenosse unmöglich sei, der als Zeuge vor Gericht Parteigeheimnisse verrät. Wir verlangen von einem Parteigenossen, daß er nicht mit großen Worten bramarbasirt, wie es die Unabhängigen thun, sondern daß er sich durch seine Thaten revolutionär beweist.“ — Das heißt doch nichts anderes, als: Wir verlangen dasselbe wie die Unabhängigen, nur reden wir nicht so laut davon; der Parteigenosse darf, wenn er als Zeuge vor Gericht gestellt ist und über Parteisachen zeugen soll, nichts verrathen, d. h. er muß die Unwahrheit sagen und beschwören.“

Ein einfacher Vergleich der Ausführungen unseres Magdeburger Bruderorgans mit dem „Zitat“ des Stidersblattes zeigt, wie letzteres fälschen und lügen muß, um den Vorwurf der Meineids-Beschwörung gegen unsere Partei aufrecht erhalten zu können. Das fromme Blatt thut also gerade das, wofür es unsere Partei bezichtigt, es lügt, zwar nicht unterm Eid, aber vor aller Welt und in bewusster Weise, zu dem Zweck, um einen politischen Gegner zu verderben. Das verdächtige ist, ein Meineid, wie ihn Stiders geschworen, oder eine Verlogenheit und Verleumdungssucht, wie wir sie hiermit beim „Reichsboten“ festgestellt haben, darüber die Wahl zu treffen, müssen wir der Redaktion des Pfaffenblattes überlassen.

Eine schweizerische sozialdemokratische Bibliothek wird gemäß einem Züricher Konferenzbeschlusse von der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, dem Grütliverein und dem Gewerkschaftsbund herausgegeben. Ein Komitee, das aus je zwei Mitgliedern dieser Organisationen besteht, hat diesen Beschluß durchzuführen. Der Vertrieb der Bibliothek geschieht durch die Grütliverein-Verhandlung. Auf derselben Konferenz wurde ein Antrag angenommen, wonach auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses, der in Zürich stattfindet, die Punkte gesetzt werden: Taktik der Sozialdemokratie namentlich in Bezug auf die direkte Gesetzgebung durchs Volk und gegenseitige internationale Verpflichtungen der sozialistischen Parteien.“

Das Verkehrslokal der Meier Genossen befindet sich in der Deifstraße, im Café St. Anna. Zugereiste Genossen werden ersucht, sich des Sonntags Abends dort einzufinden oder sich an den Vertrauensmann M. Zibel, Gerberstr. 35, zu wenden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — In Dahlen (Sachsen) verlangte, wie die „Bürgerzeitung“ mittheilt, der Bürgermeister von dem neugegründeten

Das Verkehrslokal der Meier Genossen befindet sich in der Deifstraße, im Café St. Anna. Zugereiste Genossen werden ersucht, sich des Sonntags Abends dort einzufinden oder sich an den Vertrauensmann M. Zibel, Gerberstr. 35, zu wenden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — In Dahlen (Sachsen) verlangte, wie die „Bürgerzeitung“ mittheilt, der Bürgermeister von dem neugegründeten

Das Verkehrslokal der Meier Genossen befindet sich in der Deifstraße, im Café St. Anna. Zugereiste Genossen werden ersucht, sich des Sonntags Abends dort einzufinden oder sich an den Vertrauensmann M. Zibel, Gerberstr. 35, zu wenden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — In Dahlen (Sachsen) verlangte, wie die „Bürgerzeitung“ mittheilt, der Bürgermeister von dem neugegründeten

Arbeiterverein bei der Anmeldung, daß sämtliche Mitglieder ihre Personalien in die einzureichende Mitgliederliste eigenhändig eintragen sollen. Esfordert hat er das wohl, aber sein Wille geschieht nicht, denn das Gesetz sieht ihm hierin nicht zur Seite.

Aus Breslau wird uns berichtet, daß am 16. September die gegen den Reichstags-Abgeordneten Kunert wegen angeblicher Ausweisung zum Klassenhaft anhängig gemachte Strafverfolgung für unstatthaft erklärt wurde, da die Sache verjährig ist; die Verhandlung über eine Beamtenbefreiung und sechs Reichstagsabgeordneten, deren sich der genannte Parteigenosse schuldig gemacht haben soll, ist vertagt worden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 15. Septbr., Nachmittags 5 Uhr.

Vor der Tagesordnung bemerkt Stadtrath Gäßner bezüglich der Ausführungen des Stadtk. Vogtherr in der letzten Sitzung über die lässige Kontrolle bei der Ausführung ungeflochtenen Viehes auf dem Zentral-Viehhofe, daß die Verwaltung der letzteren irgend welche Aufsichtsbefugnisse in dieser Beziehung nicht besitzt; diese Kontrolle liege vielmehr ausschließlich in den Händen der Veterinärpolizei. Das Kuratorium werde indes, wie schon früher, auch neuerdings Schritte thun, um auf Abstellung der gerügten Mißstände hinzuwirken. Ob absichtliche Betrügereien stattgefunden hätten, entsiehe sich seiner Beurteilung.

Zur Beratung steht zunächst der Ausschussbericht über die Magistratsvorlage vom 14. Juni, betr. die Aufnahme zweier neuer Straßen 7a und 7b in Abtheilung X' des Bebauungsplanes und die Erwerbung des für den projektierten Platz B ebendasselbst erforderlichen Landes.

Wie die Vorlage angeht, beabsichtigt der Hof-Raurermeister Stargardt, um eine bessere Ausnutzung seines an der Zegelerstraße bzw. am Platz B belegenen bedeutenden Grundstücks zu ermöglichen, auf demselben die genannten neuen Straßen anzulegen und hat demgemäß beantragt, Fluchtlinien für dieselben zur Festlegung zu bringen. Es würden damit die im Bebauungsplan vorgesehene Straße 7, ein Theil der westlichen Fluchtlinie des Platzes B und ein langes Stück der westlichen Fluchtlinie der Sportstraße bei der Einmündung der Straße 7 aufgehoben werden müssen. — Im Anschluß an das Stargardt'sche Projekt beantragt die Norddeutsche Lagerhaus-Aktiengesellschaft, die neuen Straßen von der Zegelerstraße über das ihr gehörige Grundstück bis zur Torstraße bzw. Nordufer zu führen, um auch dieses Grundstück der Bebauung zu erschließen. Die Deputation hat über beide Anträge ein günstiges Gutachten erstattet, auch die durch die neuen Fluchtlinien bedingte Verkleinerung des Platzes B für unbedenklich erklärt. Das Terrain für denselben befindet sich im Besitz der Grundrenten-Gesellschaft, welche dasselbe zum Preise von 21 M. pro Quadratmeter pachtfrei der Stadtgemeinde übereignen will. Der Magistrat ersucht die Versammlung um ihr Einverständnis mit der Festsetzung der Fluchtlinien und mit der freihändigen Erwerbung des zum Platz B erforderlichen Landes von circa 4783 Quadratmetern zum Preise von 21 M. für jeden Quadratmeter. Zu letzterem Antrage ist in der Begründung noch bemerkt, daß es im Interesse der Stadtgemeinde liege, die günstige Gelegenheit zum Erwerb des Terrains für Platz B nicht vorbeizugehen zu lassen, zumal auch der geforderte Preis ein angemessener sei.

Der niedergelegte Ausschuss hat sich mit der Anlage der Straßen 7a und 7b einverstanden erklärt, da es, wenn auch ein dringendes Verkehrsinteresse dazu nicht vorliege, doch wünschenswerth erscheine, diese Terrains der Bebauung zu erschließen; dagegen hat er die Bemilligung der 59 303 M. für den Erwerb des Platzes einstimmig abgelehnt, da die Unternehmer allein den Nutzen aus der Anlage der Straßen ziehen würden, und es ihnen doch auch lediglich darauf ankomme, ihre Grundstücke so vortheilhaft als möglich auszunutzen. Vielmehr beantragt der Ausschuss die neuen Straßenanlagen nur unter der vorerwähnten Bedingung zu genehmigen, daß auch das Platzterrain unentgeltlich und kostenfrei an die Stadt abgetreten wird.

Ohne Debatte tritt die Versammlung nach dem Referat des Berichterstatters Rast den Ausschussvorschlügen bei.

Für eine Reihe von Spezialrechnungen aus den Etatsjahren 1889/90 und 1890/91, sowie über 8 Baurechnungen wird auf Antrag des Rechnungsausschusses Decharge ertheilt.

Zur Besichtigung der Weltausstellung in Chicago durch Modelle und Zeichnungen hiesiger Bau-Anlagen sucht der Magistrat die Zustimmung der Versammlung und die Bewilligung von 27 000 M. zur Anfertigung der betr. Modelle und Zeichnungen nach. Zur Ausstellung sollen gebracht werden 1. das Modell der Sprengregulierung mit Umbau der Dammwäulen, 2. Zeichnungen der größeren städtischen Anlagen, wie Weiden, Wasserwerk, Krankenhaus, Irrenanstalt, Markthalle, Viehhof u. s. w.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

Zu den Kosten der Anschaffung von vier neuen eisernen Oefen, sowie zur Ausbesserung der Dächer und der Kirchenfenster, der Wände und des Anstrichs, zur Bestellung von 4 neuen Jalousiefenstern im Thurm und zum Besetzen der Emporentropfen der Andreaskirche soll ein Patronatsbeitrag von 3000 M. aus der Stadtkasse gewährt werden.

Stadtk. Franzel beantragt Ausschussberatung, da namentlich die Frage geprüft werden müsse, ob die Stadt im Falle des Unvermögens der betr. Kirchengemeinde auch zur Gewährung der Reparaturkosten verpflichtet sei.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 5 Mitgliedern.

Mit dem Entwurf zum Bau einer Hochbrücke über die Untersee zur Verbindung der Altonaerstraße mit der Straße 32a bzw. der Jögowstraße erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die bis zum Schluß des laufenden Rechnungsjahres voraussichtlich entstehenden Ausgaben in Höhe von 15 000 M. für die dem Magistrat obliegenden Vorarbeiten zur Gebäudesteuer-Revision werden bewilligt.

Nachdem die Pächter der Restaurationen in den Markthallen IX bis XII auf ihren Antrag aus dem Pachtverhältniß entlassen sind, weil sie infolge des geringen Verkehrs die Pachtbeträge nicht aufbringen konnten, haben bei der Neu-Ausschreibung nur die bisherigen Pächter, und zwar jeder nur für sein bisheriges Lokal Gebote abgegeben. Während die Restaurationen auf 6000, 6000, 3000, und 4500 M. durch die Mitglieder des Markthallen-Kuratoriums s. B. abgeschätzt wurden, betragen die Gebote nur 5000, 3000, 1600 und 1000 M. Gleichwohl hat der Magistrat in Anbetracht der Umstände die Gebote angenommen und die Verträge abgeschlossen, bezüglich der Markthalle IX, Pächterfrage, auf drei Jahre, mit den übrigen Pächtern nur bis 30. September 1898, um die weitere Entwicklung des Verkehrs abzuwarten.

Die Versammlung ertheilt dem Magistratsvorschlag ihre Zustimmung.

Zur Herstellung einer Stiermauer an Stelle des ursprünglichen in Aussicht genommenen neuen hölzernen Einsriedungsmaues für den städtischen Viehhof in der Gerichtstraße 37/38 sucht der Magistrat die Zustimmung der Versammlung nach. Die Kosten werden insgesammt 36 000 M. betragen.

Die Vorlage wird angenommen.

Nachträglich ist eine schmerzliche Vorlage betr. die Amortisation der neu aufzunehmenden Anleihe von

70 Millionen Mark auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Minister des Innern und der Finanzen knüpfen bekanntlich die Genehmigung der von den städtischen Behörden beschlossenen Anleihe an die Bedingung, daß dieselbe mit 1 1/2 pCt. statt mit 1 pCt. jährlich getilgt werden soll, da den genannten Ministern eine härtere Tilgung bei dem starken Anwachsen der städtischen Schuld, welches auch mit dieser Anleihe noch nicht zum Stillstande kommen dürfte, geboten erscheint.

Ohne Debatte wird die Vorlage genehmigt; die Tilgung mit 1 1/2 pCt. ist damit beschlossen.

Das Ergebnis der zu Beginn der Sitzung vollzogenen Erschwahlen in verschiedene Ausschüsse war bei Schluß der öffentlichen Sitzung noch nicht festgestellt.

Schluß 6 1/4 Uhr.

Lokales.

Die Vorstände der hier am Orte domicilirten eingeschriebenen Hilfskassen und Gewerkschaften, sowie der hiesigen Filialen und Annahmestellen auswärtiger Hilfskassen und Gewerkschaften bitten wir um Angabe ihrer Adressen, damit wir in der Lage sind, auf die sehr oft an uns gerichteten Anfragen prompte Auskunft zu ertheilen.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Gegen die drohende Choleraepidemie soll — wohl auf Anordnung des neuernannten Reichskommissars für Gesundheitspflege im Stromgebiet der Elbe, Herrn von Richthofen, — für die Quais und Unterplätze die Anordnung getroffen worden sein, daß der hiesige Polizeidampfer jetzt ständig die Spree befährt, um scharfe Kontrolle bezüglich etwaiger Erkrankungen von Schiffen auf den hier ankommenden Kähnen und Zillen zu halten. Auf dem behördlichen Fahrzeug ist jetzt ständig ein Arzt anwesend, um im Nothfalle plötzlich eintretender Cholera-Erkrankungen von Schiffen sofort die erste Hilfe leisten zu können.

Ans dem Krankenhaus Moabit. Die zur Beobachtung in obenerwähntes Krankenhaus eingeliefert Choleraverdächtige Personen — darunter Familie und Schiffsmannschaft des Kabinhabers Lindemann — befinden sich alle wohl und ununter. Im Laufe des gestrigen Tages (Mittwoch) sind drei Personen, in der heutigen Nacht zwei Choleraverdächtige eingeliefert worden. Unter letzteren befand sich eine Frau, die des Guten zuviel gethan und — nach Verabfolgung eines „sauren Herings“ — alsbald wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte. Der Bestand von choleraverdächtigten Personen im Barackenlazareth betrug am heutigen (Donnerstag) Vormittag 47 Personen, es ist auch hierbei eine rapide Abnahme dieser Kranken, die an Brechdurchfall, Diarrhöe u. s. w. leiden, zu bemerken. Robert Lindemann ist in der heutigen Nacht beerdigt worden.

Bezüglich des an der Cholera asiatica verstorbenen Schiffers Lindemann erfahren wir noch: Die Lindemann'sche Familie ist nicht in Zerpenschleuse, sondern in Plau bei Rathenow ansässig; der Vater des Verstorbenen hatte mit seinem Fahrzeug, auf welchem auch Robert L. beschäftigt war, vor etwa drei Wochen Hamburg verlassen und vor 8 Tagen bei Rathenow eine Ladung Steine nach hier eingenommen. In letzterer Ortschaft ist der junge Lindemann mehrere Male mit dem an der asiatischen Cholera dortselbst verstorbenen Arbeiter und Schiffsknecht Kessen in Verbindung gekommen und scheint durch diesen den Keim der Ansteckung erhalten zu haben. Schon an diesem Montag Morgen haben sich bei L. der inzwischen mit dem Vater nach hier gekommen, Vorboten der Seuche gezeigt, trotzdem aber war der junge Mann nicht zu bewegen, sich zu Bett zu legen, besuchte vielmehr mit Freunden — gleichfalls wohl Schiffen — verschiedene hiesige in der Nähe des Unterplatzes belegene Kneipen, um seinen Geburtstag, der an diesem Tage war, zu feiern. L. hat übermäßig getrunken, wodurch die Krankheit naturgemäß schnell zum Ausbruch kam. Die Bille des L. ist vorläufig unter dem gespenstlichen Joch der Pestungbrücke verankert.

Ans dem Lazareth des Untersuchungsgefängnisses zu Moabit hat in der vergangenen Nacht ein zu schwerer Zuchthausverurtheilter Verbrecher in höchst verwegener Weise seine Flucht bewerkstelligt. Vor einiger Zeit wurde von der hiesigen Strafkammer ein Angeklagter Namens Beck zu sieben Jahren Zuchthaus verurtheilt, nachdem er schon an anderer Stelle mit 8 Jahren Zuchthaus bedacht worden war. Der Angeklagte, welcher somit 15 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat, liegt seit einiger Zeit in einer Zelle des Gefängnislazareths, welches nach der Rathenowerstraße zu an das Hauptgebäude grenzt und von letzterem nur durch einen kleinen Hofraum getrennt ist. Die Zelle des Beck hat nach dem Hofe zu ein kleines Jellensfenster, welches noch dazu durch ein eisernes Gitter in vier ganz kleine Abtheilungen getrennt ist. Die Dimensionen sind so gering, daß die Flucht eines Menschen durch dieses Fenster fast als eine Unmöglichkeit erscheint. Und doch hat Beck, der die Gewandtheit eines Schlangemenschen besitzen muß, es fertig gebracht, durch dieses kleine Loch zu entkommen. Als man heute früh seine Zellenhür öffnete, war der Vogel ausgeflogen und es waren deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß er seinen Weg durchs Fenster genommen. Wie der Flüchtling über das hohe, den Hofraum nach der Straße zu abschließende eiserne Gitter gekommen und unbedeutend hat entwisphen können, obgleich nicht weit davon ein Militärposten steht, ist ein Räthsel, welches noch der Aufklärung bedarf. Es wird vermuthet, daß der am 14. November 1854 geborene Züchler Emil Beck den Plan zur Flucht sehr sorgsam ausgearbeitet hatte und ihm bei der Ausführung des Wagnisses Helfershelfer zur Seite standen.

Selbstmord durch Sturz aus dem Fenster! In dem Hause Grenadierstraße 81 wohnt seit einiger Zeit der Schmiedemeister Herr Olschinsky mit seiner 23-jährigen Mutter und deren Töchtern. — Der Gatte der Frau O. war vor Jahresfrist gestorben und die Letztere betrauerte den Tod ihres Mannes tief; durch unglückliche Umstände war das Vermögen der Familie verloren gegangen und vielmehr der Sohn Mutter und Geschwister anständig ernährte, so scheint Frau O. sich doch die erlittenen Schläge des Schicksals deartig zu Herzen genommen zu haben, daß sie zu Herben beschloß. — In der heutigen Nacht erwachte plötzlich die älteste Tochter und sah die Mutter angestrichelt auf dem Sopha liegen. Auf die Frage des Mädchens, warum sie denn nicht schlafte, meinte Frau O. „Ich nur mein Kind, ich werde bald lange schlafen“. — Das die Mutter mit dieser Aeußerung gemeint, sollte der Tochter bald in furchtbarer Weise klar werden. Gegen 1/8 Uhr bemerkte der patronisirende Wächter der Grenadierstraße, daß eine Person aus dem Fenster der zweiten Etage des obenerwähnten Hauses heraussprang und im nächsten Augenblick lag die Lebenswaise, in welcher alsbald Frau O. rekonnostrirt wurde, mit prahmatischem Kopf auf dem Trottoir der Straße. Die Unglückliche, welche wenige Minuten darauf verschied, wurde nach dem Reichenschausause gebracht.

Ueber den Selbstmord des Direktors des Bauvereins Weiskene, Herrn Karl Gerde, geben uns folgende Mittheilungen zu. G., der etwa 60 Jahre alt war, hatte, wie aus hinterlassenen Papieren hervorgeht, sein ziemlich bedeutendes Privatvermögen fast bis auf den letzten Pfennig an der hiesigen Börse im Differenzspiel verloren. Am Montag Mittag fuhr G. nach Neubabelsberg hinaus und verblieb bis spät Abends in dortigen Restaurants. Am Dienstag früh fanden Waktosen des Dampfes auf dem Griebnische die Leiche des G. auf der Dampferbrücke liegen; der Unglückliche, welcher sich eine Kugel durch den Kopf geschossen, hatte augen-

scheinlich nach Abfeuern der Waffe ins Wasser springen wollen, um so jede Spur von sich zu verwischen, war aber tödtlich getroffen auf der Brücke zusammengebrochen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Dienstag Nachmittags auf dem Neubau Webersr. 8. Dort wollte ein Arbeiter aus einer Dachlücke nach dem darunter befindlichen Stockwerk einem Kollegen eine Leiter zureichen, diese entglitt seinen Händen und traf die auf dem Hofe spielenden dreijährigen Kinder Paul Trümper und Wally Goldmann. Der Knabe wurde nur unbedeutend verletzt, das Mädchen erlitt jedoch einen Schädelbruch und wurde mittelst Krankenwagens nach der Universitätsklinik befördert. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Polizeibericht. Am 13. d. M. wurde ein zweijähriger Knabe vor dem Hause Zeughostr. 8 von einem Geschäftswagen überfahren. Er erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels und wurde nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. — Im Humboldthain, in der Nähe des Denkmals, wurde Nachmittags ein unbekannter, etwa 20-25 Jahre alter Mann mit Schußwunden in der Brust todt aufgefunden. Augenscheinlich liegt Selbstmord vor. — Am 14. d. M. Nachmittags fiel ein 45-jähriger Knabe von einem vor dem Hause Waldemarstraße 20 angebrachten Hängegerüst, welches er unbefugterweise erklettert hatte, aus der Höhe des zweiten Stocks auf den Bürgersteig herab und erlitt Verletzungen am Hinterkopf. — Nachmittags wurde ein Wäckerlehrling in der Nachtschube seines Lehrherrn, in der Schenkenbörsestraße, erhängt gefunden. — Abends stürzte sich ein wohnungsloser Drechsler aus dem Küchenfenster der im zweiten Stock des Hinterhauses Danzigerstr. 142 belegenen Wohnung seiner Ehefrau, mit welcher er im Zerwürfniß lebt, auf den Hof hinab und erlitt hierbei so bedeutende Verletzungen, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erfolgen mußte. — Ebenso stürzte sich am 15. d. M. scäh eine Frau aus dem Fenster ihrer in der Grenadierstr. 82 im zweiten Stock belegenen Wohnung auf den Bürgersteig herab, erlitt einen Schädelbruch und verstarb auf der Stelle. — Am 14. d. M. fanden drei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Gegen den Chefredakteur der „Kreuz-Beitung“, Freiherrn von Hammerstein, richtete sich eine Privatklage des Vicent Gräbner, welche heute das Schöffengericht beschäftigte. Vicent Gräbner ist Vorsteher des Vereins zur Bekämpfung des Antisemitismus und Herausgeber der Vereinszeitung. In der letzteren war auf Grund eines Berichtes, den die Zeitung „Das Volk“ über eine Versammlung des Direktors Alwardt gebracht hatte, die Behauptung aufgestellt worden, daß das „Volk“ über diese Art von Versammlungen begeisterte Berichte bringe. Das „Volk“ hatte in einer scharfen Abwehre diese Behauptung als eine „freche Lüge des Vicent Gräbner“ bezeichnet, und die „Kreuz-Beitung“ hatte diesen Abwehrartikel abgedruckt und in milderer Form nur von „Lüge“ gesprochen. — Der Vertreter des Privatklägers, Dr. C. Friedemann, beantragte die Bestrafung des Freiherrn von Hammerstein, da hier zweifellos eine Beleidigung vorliege, die um so schwerer wiege, als für den Inhalt der Vereinszeitung ein ganz Anderer verantwortlich sei und Vicent Gräbner von dem betr. Artikel gar keine Kenntniß gehabt habe. — Keffler Raumann, als Vertheidiger des Angeklagten, beantragte, die Verhandlung vorläufig zu vertagen, bis ein gegen den Redakteur des „Volk“, Balla, aus demselben Grunde erhobene Anklage erledigt sein wird. — Rechtsanwalt Friedemann widersprach der Vertagung und machte darauf aufmerksam, daß demnach die Sitzungen des Reichs- und Landtages, deren Mittheilung v. Hammerstein sei, wieder beginnen und dann in absehbarer Zeit eine Erledigung der Angelegenheit überhaupt nicht zu erwarten sei. — Der Gerichtshof lehnte eine Vertagung ab und verurtheilte den Angeklagten mit Rücksicht auf seine wiederholten Vorstrafen wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldbuße event. 10 Tagen Haft.

Ein jugendlicher Schwindler, der, nach seinem ersten Debut zu urtheilen, es noch weit bringen kann, ist der 17-jährige Lehrling Richard Wolter, der gestern in Gemeinschaft mit seinem Mittheilung Paul Weirrecht sich wegen Urkundenfälschung und Betruges vor der 7. Strafkammer zu verantworten hatte. Wolter kaufte eines Tages in dem bekannten Weichheim'schen Geschäft in der Rosenthalerstraße ein Paar Stiefel und mehrere andere Kleinigkeiten für den Gesamtpreis von 9,98 M. Er bekam einen hierüber lautenden Koupon, gegen dessen Bezahlung er an der Kasse die Waare in Empfang nehmen sollte. Statt dessen radirte er vor der Thür des Geschäfts die auf dem Koupon vermerkte Summe aus und fügte an Stelle derselben den Preis von 0,18 M. hinein. Der zweite Angeklagte ließ sich dann bereuen, gegen Zahlung von 18 Pf. an der Kasse das Paar Stiefel in Empfang zu nehmen. Der Verkäuferin kam aber der Umstand, daß für 18 Pf. ein Paar Stiefel ausgehändigt werden sollte, sehr bedenklich vor und als sie den Koupon näher besah, entdeckte sie die Fälschung. Weirrecht ergriff nunmehr die Flucht, wurde aber am anderen Tage auf der Straße von einem Hausdiener des Geschäfts wieder erkannt und verhaftet. Die Folge war die Anklage gegen die beiden jugendlichen Lehrlinge. Während Wolter im Termin seine Schuld eingestand, bestritt Weirrecht entschieden, genutzt zu haben, daß bei der ganzen Sache etwas Unrechtes im Spiele gewesen sei. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Haase wurde der Lehrling dieses jungen Menschen über die plänomonale — Dummheit der Letzteren vernommen. Der Lehrling bestätigte denn auch, daß der Junge ganz dumm und wahrheitsliebend sei, sich aber durch besondere Dummheit auszeichne und deshalb von seinen Kollegen häufig zu allerlei Dummheiten gemißbraucht werde. Sein schmeichelfastes Gutachten schloß der Lehrling mit der Versicherung, daß ihm in seiner 30-jährigen Praxis ein so einseitiger Lehrling, der in seiner Dummheit auf Alles eingehe, noch nicht vorgekommen sei. — Der Gerichtshof trug dieser geistigen Unbeholfenheit Rechnung, indem er Weirrecht freisprach. Wolter wurde dagegen zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

Ein berüchtigtes Verbrecherpaar wurde gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts I in den Personen des Drechslers Ernst Feinbube und der Wittwe Marie Goldt, geb. Krohn, vorgeführt. Beide Angeklagten haben seit vielen Jahren dem Badenbiefstahl obgelegen, sie sind im Zuchthause ergraut. Jetzt wurden ihnen wiederum fünf derartige Diebstähle zur Last gelegt, wobei noch erschwerend ins Gewicht fällt, daß sie die bis dahin unbescholtene Schneiderin Anna Brünne beeinträchtigt hatten, sich ihnen anzuschließen. Als im April der übliche Markt in der Frankfurter Allee abgehalten wurde, begaben sich alle drei auf einen gemeinschaftlichen Raubzug. Es wurden solche Waden ausgesucht, in denen nur ein Verkäufer anwesend war. Feinbube beschäftigte denselben, indem er sich verschiedene Waaren vorlegen ließ und während dieser Zeit führten die beiden Frauen Diebstähle aus, indem sie die erreichbaren Waaren in den Korb hineinschoben, den sie unter einem großen Umhangstuche verdeckt hielten. Die Brünne zeigte sich als eine gelehrige Schülerin, denn sie hatte in ihrem Korb außer anderen Gegenständen drei Paar Stiefel, als sie von einem Kriminalbeamten gefast wurde. Sie legte vor Gericht ein offenes Geständniß ab und erreichte dadurch, daß sie mit einer Gefängnißstrafe von einem Jahre davonkam. Feinbube wurde zu fünf Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen, die Goldt zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Die Wittwe Miina Haupt und der Kaufmann Julius Töpfer fanden gestern wegen gemeinschaftlicher Urkunden-

fällung vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I. Die erste Angeklagte meldete sich im Januar d. J. als Schülerin bei der Berliner Schneiderakademie. Sie versprach, daß ihr Bruder die 120 M. betragende Honorar in Raten für sie zahlen werde. Die Zahlungen erfolgten nicht und die Angeklagte wurde gewarnt. Nun übergab sie dem Direktor der Akademie einen Wechsel über 120 M., den ihr ein in der Mauerstraße wohnhafter Grünframbändler zur Tilgung einer Schuld gegeben haben sollte. Der Direktor nahm den Wechsel an, erfuhr aber, daß derselbe gefälscht sei. Zur Verantwortung gezogen, behauptete die Haupt, daß der Kaufmann Lötzer den Wechsel gefälscht habe. Sie habe aus früheren Zeiten noch ein Guthaben an ihn. Bei dieser Behauptung blieb die Haupt auch im gestrigen Termine, obgleich ihr Mitangeklagter darüber völlig außer sich zu gerathen schien. Er bewachte seine völlige Unschuld. Gelegentlich eines Besuchs habe die Haupt ihn gebeten, ihr doch an einem Exemplar das äußere Wesen eines Wechsels zu zeigen. Er habe ihren Wunsch erfüllt und nach ihrem Willen einen Wechsel ordnungsmäßig ausgefüllt, ohne eine Abmahnung zu haben, daß sie davon Gebrauch machen würde. Der Staatsanwalt hielt keinen der beiden Angeklagten für glaubwürdig und schloß nur aus dem ganzen Sachverhalt auf ein gemeinsames Wirken. Er beantragte gegen die Haupt, die sich noch durch falsche Vorpiegelungen eine Uhr verschafft hatte, eine Gesamtsstrafe von einem Jahre einem Monat Zuchthaus, gegen Lötzer ein Jahr Zuchthaus. Der Verteidiger des Letzteren, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, suchte den Nachweis zu führen, daß Lötzer nur das Werkzeug der weit raffinierteren Angeklagten Haupt gewesen sei und dieser Ansicht trat der Gerichtshof bei. Während es in Betreff der Bestrafung der Angeklagten Haupt bei dem Antrage des Staatsanwalts blieb, wurde Lötzer nur zu einem Monat Gefängnis verurtheilt.

Veranstaltungen.

Im Allgemeinen Arbeiterinnenverein Berlins und Umgegend hielt am 6. d. M. Genosse Hildebrandt einen Vortrag über das Vereinsgesetz und erläuterte dann, wie es dem Verein ergehen werde, wenn eine Vermehrung wirklich zu Stande käme. Nach der Diskussion, welche sich im Sinne des Referenten bewegte, wurde mit 88 gegen 2 Stimmen beschlossen, vor der Hand den Verein so zu lassen, wie er jetzt ist.

Eine Versammlung von solchen Angestellten der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, welche eine bestimmte monatliche Entlohnung erhalten (Schaffner, Kutscher, Schmiebe, Schlosser, Kontrolleure, Holzverwalter u.) tagte am 13. September im Lokale von Dassel, Brunnenstraße. Dieselbe hatte den Zweck, zu dem Projekt einer Pensionskasse Stellung zu nehmen. Eine aus einem Schaffner und mehreren höheren Betriebsbeamten der Gesellschaft bestehende Kommission legte den Versammelten ein provisorisches Statut für eine derartige Kasse vor. Danach sollen die Angestellten mit festem Gehalt sich durch ein 10 M. betragendes Einschreibegeld und einen monatlichen Beitrag von 3 M. die Berechtigung zum Pensionsbezug sichern, welche nach zehnjähriger Mitgliedschaft eintreten soll. Die Kasse soll, wenn sie zu Stande kommt, am 1. Januar 1893 ins Leben treten. Die Verwaltung wird in diesem Falle die Krankenkassen-Verwaltung unentgeltlich übernehmen. Verschiedene Redner erkannten den Gedanken einer solchen Versicherungskasse an, erklärten sich aber vor Allen nicht damit einverstanden, daß ein so hohes Einkaufsgeld gezahlt werden sollte. Es wurde gewünscht, daß ein vorbandener großer Fonds, bestehend aus den Strafgebern, dem Ueberfluß der Krankenkasse und freiwilligen Beiträgen der Aktionäre, als Pensionskassenfonds benutzt und das Einkaufsgeld möglichst fallen gelassen werde. Ebenso wurde der monatliche Beitrag für zu hoch befunden. Von den Versammelten ebenfalls gewünscht und von der Kommission akzeptiert wurde, daß nach dreijähriger Mitgliedschaft im Falle einer Verunglückung die Pensionsberechtigung eintreten solle. Ausgeführt wurde noch, daß die Mitglieder der angestrebten Kasse von der Alters- und Invaliditätsversicherung ausgeschlossen würden und somit die Beiträge für diese Anstalten nicht mehr zu zahlen sein werden. (Was vermutlich in erster Linie der Pferdebahngesellschaft zu Gute kommen würde. Der Berichterstatter.) Solche Mitglieder, welche andere Stellen antraten, gingen, sofern sie ihre Beiträge regelmäßig weiter zahlten, ihrer Mitgliedschaft und der späteren Pensionsberechtigung nicht verlustig. Das positive Resultat der Versammlung war, daß aus den Angestellten jedes Bahnhofes zwei Delegierte, ein Schaffner und ein Kutscher, gewählt wurden, die das verhandelte Projekt mit ihren Kollegen vom selben Bahnhof eingehend besprechen und deren Meinung und Wünsche der Statuten- und Arbeitskommission vorlegen sollen, um dann mit dieser einen möglichst diesen Wünschen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten. Dieser wird dann einer späteren großen Versammlung der Angestellten der Großen Berliner Pferdebahngesellschaft unterbreitet werden.

Schmargendorf. „Die Cholera“ so lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen, welche vom hiesigen Arbeiter-Bildungsverein in voriger Woche einberufen wurde. Das Referat, welches Herr Dr. Bernstein übernommen hatte, wurde von der Versammlung mit Interesse und Beifall aufgenommen. Der Vortragende schilderte in fesselnder und gemeinverständlicher Weise die Ursachen der Cholera, die Merkmale und den Verlauf der Seuche, verbreitete sich sodann über die seitens der Ärzte angewandten Mittel zur Bekämpfung dieser Krankheit und gab verschiedene Rathschläge, wie man sich vor der Ansteckung schützen könne. Am Schlusse seines Vortrages wies der Referent auf die Zustände in Hamburg hin und machte für die dort herrschenden sanitären Mängel, welche die Ausbreitung der Cholera förderten, die heutige Gesellschaft verantwortlich. Der günstigste Boden für die Krankheitsüberträger sei Schmutz und überhaupt Unreinlichkeit, die namentlich bei der Armuth zu konstatieren wären. Solange es elende, ausgebeutete und verkommene Menschen gebe, werde eine jede ansteckende Krankheit bei ihnen den günstigsten Nährboden finden. In der lebhaften Diskussion wurden verschiedene sanitäre Mängel zur Sprache gebracht.

English Reading & Conversational Club Shakespeare.

Meeting every Friday at 9 p. m. at Bohrens Restaurant, 62 Königstrasse. Guests are welcome.

Arbeiter-Verein „Vorwärts“. Sitzung am Freitag bei Sobenburg, Kommandantenstr. 10 u. 11, Abends 8 Uhr. Gäste willkommen.

Arbeiter-Bildungsverein. Freitag, Abends von 8-10 Uhr: Sächsischer Arbeiter-Verein, 43: Unterricht in Buchführung (doppelt); Sächsischer Arbeiter-Verein, 133: Unterricht in Deutsch (unterer); Ostpreussischer Arbeiter-Verein, 21: Unterricht in Geschichte (mittlere); Norddeutscher Arbeiter-Verein, 179: Unterricht in Deutsch (unterer); Psychologie. In allen Lehrfächern, mit Ausnahme von Mathematik und Buchführung, können Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Frei- und Pflanzschulverein. Freitag, Karl Marx, Abends 8 Uhr, bei Grube, Mariendorferstr. 10. - Helms, bei H. Kipping, Hülshofstr. 52. - „Gottlieb Dittler“. Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Peterson, Weinstra. 23.

Arbeiter-Frauenbund Berlins und Umgegend. Freitag, Abends 8 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserlicher Männerchor, Schönhauser Allee 23, bei Paulsen. - Norddeutscher Arbeiter-Verein, 14, bei Hülshof. - Fortwärts, S. O. Köpenickerstr. 21, bei Koch. - Kommunistischer Arbeiter-Verein, Langestraße 65, bei Tempel. - Buchbinder-Männerchor Berlins, Alte Jakobstraße 59, bei A. Richter. - Rigsbüchsen, Hochstr. 52, bei Wille. - Gemüthlichkeit (Faber), Gendelstraße 10. - Fris, Mannstraße 86, bei Jubel. - Palme, in Berlin, bei Schröder. - Blau-Schleife, in Potsdam, Mühlentstr. 24, bei Schröder. - Fortwärts 6, (Gem. Chor), Nieder-Schöneberg, bei Stebenbaum. - Sanger-Freiheit, Rammstr. 43, bei Friedrich. - Morgenrot 4, Köpenick, Mühlentstr. 24, bei Helm. - Wahrheit, An der Jüdischen Apotheke 70, bei Franke. - Karlhaus, (Sänger-Gesangverein), Nichtenbergstr. 21, bei Helm. - „Wohltät.“, Wilhelmshagenstraße 23, bei Wroch. - Collegia, Zeughofstraße 8, bei Koch. - Freie Liedertafel, Marienstraße 8. - Gesangverein Eintracht in Alt- und Neu-Stettin, bei D. Stabelhof Rudowstraße. - Gesangverein Morgenrot 2, Charlottenburg, Weidenstr. 79, bei Ulrich. - Arbeiter-Gesangverein „Freies Lied 1, Fiedrichsberg, Friedrich-Rohrstraße 11 bei Heintze. - Gesangverein Berliner Liedergruppe, Hülshofstr. 25.

Chor der Geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuchtschriften sind zu senden an: Max Gend, Berlin, Veltorferstraße 28, I. Freitag: Bernagoldverein Gräns Tanne bei Köster, Marienstr. 2. - Tambour-Verein Borussia bei Reichardt, Königsbergerstr. 24 (Lehrstunde). - Tambour-Verein Ruf der Sperling, Juchstr. 1. - Tambourverein Wirbel bei Müller, Gartenstr. 62. - Theaterverein Hearte in Hoffmanns Gasthaus, Oranienstr. 150.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 8 Uhr, Berliner Hochhausstr. 1. - Quartettverein Wedding, Abends 8 Uhr, bei Köpcke, Weidenstr. 95. - Männerchor Waldstraßen, Abends 8 Uhr, bei Wietz, Marienstr. 67. - Volkstheaterverein Lesende, Abends 8 Uhr, bei Schulz, Putzstraße 25. - Musikanten-Zusatz Freitag, Abends 8 Uhr, Restaurant Nebel, Langestraße 109. - Buchbinder-Männerchor, Abends 8 Uhr, Restaurant Richter, Alte Jakobstr. 59. - Musik-Tischtennisverein „Zonta“, Abends 8 Uhr bei Schenck, Krautstr. 29, Lehnungstraße.

Berliner Turnvereine. Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Dienstag Abends von 8-10 Uhr in der Turnhalle des Festung-Gymnasiums, Pantstr. 9-10. - Turnverein Gesundbrunnen die 1. Männer-Abtheilung turnt heute Abend von 8-10 Uhr in der Turnhalle des Festung-Gymnasiums, Pantstr. 9-10.

Bergnügungsverein Esperance, Abends 8 Uhr, Molent halterstr. 11-13, im Restaurant. - Bergnügungsverein Weichen, Abends 8 Uhr, bei Weissen, Oranienstr. 183 p. - Geselliger Arbeiterverein Grappia, Abends 8 Uhr, Alte Jakobstr. 129 (Jugendhaus). - Unterhaltungsclub Schiller, jeden Freitag Abends 8 Uhr im Restaurant Holzschädel, Dreifischstr. 2. - Stallfuß G. A. D. jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Dubrick, Sünderstr. 22.

Kochklub „Goldschneise“. Freitag: Sitzung bei Schulz, Vantagenerstraße 9.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgesehen ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wagt sich aber gleichwohl dagegen, mit dem Inhalt desselben Identität zu werden.

Gemischter Chor „Proletariat“. Im Anschluss an die in Nr. 211 vom 9. September 1892 zur Bildung eines gemischten Chores auffordernde Sprechsaalnotiz kann hiermit berichtet werden, daß eine in der That überraschende Anzahl schätzenswerther Sangeskräfte, Damen wie Herren, dem wohlgemeinten Aufrufe gefolgt sind, so daß nicht erst eine besondere Festlegung des allwichtigen Bedürfnisses in dieser Beziehung noch thut. Es konstituirte sich bis auf weiteres ein gemischter Chor, der sich hiermit unter dem Namen „Proletariat“ der weiteren Beachtung aufs Beste empfiehlt. Ausdrücklich sei betont, daß es für die in Rede stehenden Stadttheile Ost, Südost und Süden bei dem einen Resultate nicht sein Bewenden haben soll. Drum frisch weiter ans Werk! Das sei die Losung für die Frauen- und Männerwelt. - Am Sonnabend, den 17. September, Abends 9 Uhr, findet die zweite Zusammenkunft (1. Uebungsstunde, 2. Statutenfeststellung, 3. Aufnahme von Mitgliedern) im Vereinslokale, Boedlstraße 8, bei A. M. W. 2, statt. Ganz nach Sachlage soll dann rechtzeitig der Frage nach weiterer Chorbildung und Konzentration aller gemischten Chöre zum Bunde näher getreten werden.

Mit sozialdemokratischem Grusse
R. Bombelle, Lehrer,
S., Gräffstr. 33.

Bei dem Inkrafttreten des Kranken-Versicherungsgesetzes vom 10. April 1892 sind alle Krankenkosten gehalten, ihre Statuten diesem Gesetze entsprechend umzuändern, sofern sie fernerhin den Bestimmungen des § 75 dieses Gesetzes genügen, d. h. als gesetzlich zugelassene Kasse ihre versicherungspflichtigen Mitglieder vor dem Zwangsbeitritt zu einer Gemeinde- oder Ortskrankenkasse bewahren wollen. Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen ist den Anforderungen dieses Gesetzes nachgekommen und sind deren versicherungspflichtige Mitglieder von dem Beitritt zu einer Zwangskasse befreit. Die Kasse, gegründet am 2. Februar 1894, zählt in 120 Verwaltungsteilen ca. 11 000 Mitglieder, erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich und garantiert den Mitgliedern bei Unfällen nach anderen Orten die Mitgliedschaft. - Der Reservefonds, der verzinslich bei der städtischen Sparkasse Offenbach angelegt ist, beläuft sich auf rund 100 000 M. Mit dem 1. Januar 1893 gewährt die Kasse ihren erkrankten Mitgliedern freien Arzt, Medikamente, Bräuen, Fruchtbänder und ähnliche Heilmittel, und im Falle der Erwerbsunfähigkeit einer der Klasse, welcher das Mitglied angehört, entsprechende baare Unterstützung. Im Falle des Ablebens eines Mitgliedes zahlt sie an die Hinterbliebenen ein Begräbnisgeld aus, welches sich ebenfalls nach der Klasse richtet, welcher das verstorbene Mitglied angehört hat. Die Kasse ist in 4 Klassen getheilt und sind die Sätze darin:

Wöchentl. Beitrag 1. Kl. 20 Pf., Unterstg. 8,80 M., Sterbgeld 40 M.	2. 30	5,-	60
3. 35	5,-	65	
4. 40	7,-	70	

Nimmt ein Mitglied den Arzt und Medizin nicht in Anspruch, so erhöht sich die Unterstützung um die Hälfte. Die Kasse wendet sich für ihre erkrankten und verstorbenen Mitglieder im Jahre 1891 die respektable Summe von rund 150 000 M. auf. Diese Leistungen der Kasse finden allseitige günstige Aufnahme und sollte jede Frau oder jedes Mädchen zwischen dem 14. und 45. Lebensjahre sich in derselben bei Zeiten versichern, um im Falle einer Krankheit einen kräftigen Rückhalt zu haben. Der Beitrittspreis ist für Personen unter 16 Jahren 50 Pf., über 16 Jahren 1 M. Andere Frauenklassen können der Zentral-Frauenklasse mit ihren Aktiven und Passiven beitreten. Wir fordern alle Interessenten auf, sich dieser Kasse baldigst anzuschließen, da dieselbe durch ihr jahrelanges segensreiches und humanes Wirken das unumgängliche Vertrauen im Publikum sich erworben und durch ihre rechnerisch richtige Grundlage auch die Garantie dauernden Bestehens bietet. Meldungen nimmt jederzeit an der Vorsitzende A. Schulze, Offenbach, Bismarckstraße Nr. 27. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Kopenhagen, 15. September. Das Justizministerium hat heute die bisher angeordnete Quarantänezeit von zehn Tagen auf fünf Tage für die Herkunft aus allen ausländischen Häfen herabgesetzt, ausgenommen Petersburg, Kronstadt, die Eibshäfen, Antwerpen und Havre.

Paris, 15. September. Die amtliche Erntestatistik von Frankreich für das Jahr 1892 bezieht das Ergebnis der Getreide-Ernte auf 109 264 421 Hektoliter auf einer bebauten Bodenfläche von 6 979 911 Hektar. Das Ergebnis des vorigen Jahres betrug 77 265 828 Hektoliter auf einer bebauten Fläche von 5 759 599 Hektar.

Brüssel, 15. September. Nach einer Meldung aus Grammont hatte sich der vor einiger Zeit in einer dortigen Zündhölzchenfabrik ausgebrochene Streit gestern auf fast alle Fabriken der Stadt ausgebreitet. Gestern gegen Abend kam es zu Unruhestörungen, da die Streikenden die Fortarbeiten an der Arbeit zu hindern suchten und die Gendarmerie zum Schutze der Letzteren einschritt. Die Gendarmerie, welche die Menge auseinanderreiben wollte, wurde mit Steinen beworfen. Erst durch das Einschreiten der Bürgergarde wurde die Ruhe wieder hergestellt. Mehrere Gendarmen und ein Polizeioffizier trugen Verwundungen davon. Heute früh war Alles ruhig.

Rom, 15. September. Nach einer Meldung aus Messina griffen gestern Abend Gendarmen eine aus acht Personen bestehende Räuberbande, Marina genannt, an. Bei dem Zusammenstoß, der etwa eine halbe Stunde dauerte, wurde ein berüchtigter Räuber Namens Rinaldi getödtet, die übrigen entflohen in die Wälder. Ihre Verfolgung ist ausgenommen. Die Gendarmen, welche unverletzt blieben, beschlagnahmten eine Anzahl Waffenstücke nebst Munition, Lebensmittel, acht Pferde und 380 Lire.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Helsingfors, 15. September. Der Gouverneur von Meaborg Van hat bei dem Senat die Bewilligung von einer Million Kronen zum Ankauf von Brotgetreide beantragt. Der durch den Nach frost zum 1. September an der Ernte verursachte Schaden ist so bedeutend, daß ein allgemeiner Nothstand im Län bevorsteht.

Oslo, 15. September. Die gestern allenthalben abgehaltenen Volksversammlungen waren sehr zahlreich besucht. Es wurde beschlossen, trotz des erlassenen Verbotes zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechtes zu demonstrieren.

Briefkasten der Redaktion.

Der Tischler, dessen Unglück in der Dienstag-Nummer des „Vorwärts“ geschildert worden ist, wird ersucht, in der Redaktion vorzusprechen.

R. G. Wird dankend verwerthet. Knappe, sachliche, rechtzeitig abgeschickte Mittheilungen sind stets willkommen.

P. Th. 46: Selbstverständlich haben Sie als ehrlicher Mann das schuldig gebliebene Bier zu bezahlen. Wenden Sie sich deshalb an den Prinzipal. Der Kutscher will Sie zu seinem Mitschuldigen machen, um Sie dann beständig in der Schlinge zu haben und seine Erpressungsversuche an Ihnen auszuüben.

A. H. In der preussischen Armee und deren Kontingenten giebt es keinen einzigen aktiven jüdischen Offizier. In der Bundeswehr und Reserve giebt es solche. Ob die bayerische oder württembergische Armee jüdische Offiziere hat, wissen wir nicht, jedenfalls höchstens einzelne.

Sellerstraße. Die Frage hat den Schein der Denunziation. C. W. Der Polizeibeamte hat das Recht, ein Blatt, dessen Beschlagnahme verfügt ist, aberal, wo es zum Zweck der Verbreitung ausliegt, zu konfiszieren. Die übrigen Mittheilungen hätten nur einen Werth, wenn sie kontrollierbar wären. Es ist immer besser, berattigte Mittheilungen mündlich zu machen.

R. M. 85. Das Kostgeld von 1891 ist nicht verjährt.

F. W. Bringen Sie das doch in den Schneidererversammlungen vor.

333. A. G. Diese Millionenerbschaften, für die nach 50 oder 100 Jahren oder noch länger Erben gesucht werden, sind Märchen.

W. 100. Ehebruch wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft, wenn wegen desselben die Ehe geschieden ist und der andere Theil Strafantrag stellt. Letzterer Antrag muß innerhalb 8 Monaten gestellt werden, seitdem der andere Theil Kenntniß von dem Ehebruch erhalten hat.

An die Vereins-Vorstände!
Schmiedel's Fest-Säle
(früher „Dreheum“)
sind unter günstigen Bedingungen für
Sonnabend, den 22. Oktbr. ev.
zu haben. Näheres 1982b
Die Liquid.-Kommission der
Buchbinderinnen.
J. A.: O. Morbach, Dreddenestr. 9 S. II.

Zur Abwehr der Cholera:
Cognac, Rum, Rothwein, Portwein
zu allerbilligsten Preisen, empf.
2913L.] Franz Beyer,
Chausseestraße Nr. 103.

Achtung! Achtung!
Graveure u. Ciseleure
Sonntag, den 18. Sept. ev.:
Herren = Partie.
Abfahrt präzis 7 Uhr vom Görlitzer
Bahnhof. Für Nachzügler bis 10 Uhr
Treffpunkt bei Hecker, Grünau,
Friedrichstr. 1. 414/17

1892 L
Sophabezüge!
Kette in Nips, Damast, Granit,
Plüsch u. bun. Stoff, spottbillig.
Emil Lefevre, Oranienstr. 158.
Proben franco!

Genossenschafts = Brot
Liefert frei ins Haus **Moritz Voigt**,
Gr. Frankfurterstr. 124 u. Langestr. 96
im Flur zu bestellen. 2863Q

Genossenschaftsbrot-Verkauf
W. Purrmann, Gneisenaustraße 30.

**Brotverkauf der Genossenschafts-
Bäckerei**
Steinmehlr. 58, Milchgeschäft.
1974 b N. Paulus.

Milchgeschäft, gut gehend, billig zu
vert. Hestel. Wollen ihre Abt. unter
P. M. 20 Postamt 36 senden. 1987b

Die Beleidigung vom 1. gegen den
Maurer A. Scheller nehme ich hiermit
zurück. (1908b) G. Müller.

Bereinsj. sehr geräumig, ungestört, m.
Piano. Hild. Simeonstr. 23.

Bruchbänder,
chirurg. Gummivaaren, Gummist
Strümpfe, Geradhalter, Leib-
binden, Spritzen, Suspensor's etc.,
Umstandsbänder, medicin. Ver-
bandstoffe, Brillen etc., Pincozes,
sowie Artikel aller Art zur
Kranknspflege empfiehlt 2950L
J. Ch. Pollmann, gep. Bandagist,
i Berlin, 30 Limonstrasse 30.
Lieferant für die vereinigten
Hilfs-Krankenkassen.

Eine Sattlerei,
gangb. Geschäft, billige Miethe, ist soj.
krankheitshalber zu verk. Adressen unter
G. B. 10 in der Exped. d. Bl. 1978b

Yerrinszimmer bis zu 60 Personen
zu vergeben Krautstr. 6. 1890b

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10


Bestes Nähgarn!

Kinderwagen Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 25. S. P.

Gesunde Wohnungen 50, 55, 60 Zbl.
Heinrichsdorferstr. 24, 1 Tr.

Arbeitsmarkt.
Schirmnäherin im Hause wird verl.
1984b Leo Wolff, Wallstr. 7/8.

Bügl. verl. Wolff, Gneisenaustr. 35 L